

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstell: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Gefährliche Theorien.

Die große Aussperrung im Baugewerbe und ihr Ergebnis wird von August Bringmann, dem Redakteur des „Zimmerer“, in den Heften 42 und 43 der „Neuen Zeit“ einer eingehenden Würdigung unterzogen. Bringmann unterscheidet zwei Phasen des Kampfes. Es handelte sich in der ersten Phase um die Niederkämpfung der unverschämten Forderungen der Scharfmacher, aus den Vorkämpfen der Arbeiter, den Gewerkschaften Gestaltorgane zur Vollstreckung des Willens der Unternehmerverbände zu machen. Soweit diese Seite des Kampfes in Betracht kommt, ist Bringmann mit dem Erfolg sehr zufrieden; „die erste Phase des Kampfes“, schreibt er, „hat mit einem schönen Siege der deutschen Bauleute abgeschlossen.“ Bei der zweiten Phase handelte es sich „um die Umwertung des Erfolges in klingende Münze und Verkürzung der Arbeitszeit“. Hier ist Bringmann weniger zufrieden. Er beruft sich, wie er das auch bereits im „Zimmerer“ getan hat, auf Notizen in bürgerlichen Blättern, aus denen hervorgeht, daß die Lohnausfälle der Aussperrten durch die gewährten Lohnerhöhungen in den drei Vertragsjahren noch lange nicht gedeckt sind. Die Münchener neuesten Nachrichten hätten den Lohnausfall der deutschen Bauleute während des Kampfes auf 48 Millionen Mark berechnet und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Nürnberg hätte dem „Frankischen Kurier“ mitgeteilt, die Durchführung des Schiedspruches bedeute für die Bauenden eine Mehrbelastung von 30 Millionen Mark; um diesen Betrag erhöhe sich also das Lohnvermögen der deutschen Bauleute. Nach dieser Rechnung hätten demnach die Bauarbeiter durch die Aussperrung einen Verlust von 18 Millionen Mark erlitten.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission hat schon in seiner Nr. 27 darauf hingewiesen, daß diese Aufstellung nicht stimmt. Die „Münchener neuesten Nachrichten“ haben ihrer Rechnung einen durchschnittlichen Tagesverdienst der Bauarbeiter von 5 Mk. zugrunde gelegt, während dieser Durchschnittsverdienst nach den Lohnangaben der Baugewerkschaftsgenossenschaft berechnet, nur etwa 4 Mk. beträgt. Und die im „Frankischen Kurier“ angestellte Berechnung der Lohnzulage der Arbeiter ergibt, wenn sie richtig durchgeführt wird, nicht 30, sondern 54 Millionen Mark. Das „Correspondenzblatt“ fährt dann fort: „Aber ganz abgesehen von diesen Unstimmigkeiten erscheint uns der ganze Maßstab für die Bewertung solcher Niesenkämpfe völlig unbrauchbar. Dieser Maßstab läßt nämlich überhaupt keine Siege zu, denn da die Arbeitgeber nicht allein ebenso gewaltige Verluste erlitten haben, sondern obendrein auch noch die Lohnerhöhungen bewilligen mußten, so können sie noch viel weniger als die Arbeiter gestagt haben. . . Wir meinen aber, daß solche Niesenkämpfe wirklich nicht nach dem einfachen Schema von „Goll“ und „Haben“ zu buchen sind, weil die Opfer, die sie kosteten, in früheren Erfolgen begründet sind (seit Jahren mußte bereits mit einem solchen Kampfe im Baugewerbe gerechnet werden) und weil die errungenen Ergebnisse sich noch auf Jahrzehnte hinaus geltend machen werden. In großen Momenten sind kleinliche Abwägungen durchaus unangebracht.“

Diese Bemerkung des „Correspondenzblattes“, der wir durchaus zustimmen, läßt schon erkennen, daß Bringmann bei seiner Würdigung des Kampfergebnisses nicht den richtigen Maßstab anlegt. Noch viel weniger ist das der Fall bei den weiteren Schlüssen, die er aus dem Ergebnis der Aussperrung zieht. Er schreibt:

„Der Verlauf des gewaltigen Kampfes und sein materieller Erfolg, der für sehr viele Arbeiter kein Erfolg ist, sondern tatsächlich eine Bindung, die sie hindert, die kapitalistische Entwicklung auszunutzen, zeigt drastisch, daß wir uns in der Gewerkschaftsbewegung mit der Einsperrung immer mehr verschiedene Berufsgruppen in nur einer Organisation und mit der immer weiteren Einschränkung der Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen nicht auf dem richtigen Wege befinden.“

Das sind dieselben Gedankengänge, die Bringmann in seinem Vorwort zur dritten Auflage der „Praktischen Winke für die deutsche Zimmererbewegung“ niedergelegt hat. Konsequenter durchgeföhrt, würden sie eine vollständige Zerspaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Bringmann ist Gegner der Industrieverbände, er will nicht verschiedene Berufsgruppen in „einer Organisation einsperren“. Aber nicht genug damit, spricht er sich auch gegen die „Einschränkung der Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen“ aus. Wie

er dazu kommt, in dem Verlauf und dem Ergebnis der großen Aussperrung eine Stütze für seine Theorie zu finden, ist schwer zu verstehen. Das „Einsperren verschiedener Berufsgruppen in einer Organisation“ ist ja im Baugewerbe noch vermieden. Abgesehen von der christlichen Organisation waren an dem Kampf die drei Verbände der Maurer, Bauhilfsarbeiter und der Zimmerer beteiligt. Ist auch die Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter bereits beschlossen, so doch noch nicht vollzogen; der Vorteil, der den Arbeitern aus der gesonderten Berufsorganisation angeblich erwachsen soll, hätte sich somit bei der Bauarbeiterbewegung besonders deutlich zeigen müssen.

Statt dessen haben wir gesehen, daß die vier Verbände gemeinsam operierten und daß ihre Vertreter bei den Verhandlungen mit den Unternehmern zusammen als eine Partei auftraten. Ob der Umstand, daß hinter diesen Vertretern nicht eine, sondern vier Organisationen standen, sich als besonders vorteilhaft erwiesen hat, kann der Außenstehende nicht mit Sicherheit beurteilen. Analog den Erfahrungen, die bei anderen Gelegenheiten gesammelt wurden, wird man jedoch nicht fehlgehen mit der Annahme, daß die Arbeitervertreter als Beauftragte einer Organisation einen leichteren Stand gehabt hätten. Und das nicht nur bei den Verhandlungen, sondern auch bei der Beschlussfassung und der Durchführung der Kampfmaßnahmen. Wenn man aus dem Niesenkampf die Lehre ziehen wollte, daß eine Einheitsorganisation der Bauarbeiter notwendig wäre, dann würde das jeder mit den gewerkschaftlichen Dingen einigermaßen Vertraute ohne weiteres begreifen, die entgegengesetzte Schlussfolgerung ist, wie gesagt, schlechterdings unverständlich.

Und nun gar noch das Predigen der Autonomie der örtlichen Organisationen! Wohin sollte das einem mächtigen Gegner gegenüber führen, der seine über das ganze Reich zerstreuten Mitglieder in einer starken Zentralorganisation zusammengefaßt hat? Es gehört wirklich nicht viel Weisheit dazu, zu erkennen, daß solche kleine Gruppen, die auf eigene Faust operieren, dem Feinde gegenüber machtlos sind. Die Autonomie der örtlichen Organisationen mag bis zu einem gewissen Grade ganz nützlich sein, aber wenn ein großer Kampf bevorsteht, dann müssen die zerstreuten Kräfte zusammengefaßt, von einer einheitlichen Stelle aus dirigiert werden. Der übertriebene Respekt vor der Aktionsfreiheit und der Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen muß notwendig die Niederlage der Arbeiterkraft im Kampfe herbeiföhren. Hierbei darf doch auch nicht übersehen werden, daß die Zentralleitung keine Zusage ist, die über den Wassern schwebt, sondern daß sie die Wünsche der einzelnen örtlichen Organisationen kennt und besorgt sein muß, aus der Summe der Einzelwünsche das richtige Mittel zu wählen.

Womit sucht nun Bringmann seine eigenartige Theorie zu stützen? Er holt seine Argumente nicht aus Tatsachen, die sich bei der Aussperrung ergeben haben, sondern zitiert einen Professor von der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, Dr. Philipp Stein, der kurz vor Beginn der Aussperrung in Düsseldorf vor Leitern und Angestellten der Industrie Vorlesungen über das Wesen der Gewerkschaften und der Tarifverträge gehalten hat. Er hätte dort von den Gewerkschaften gesagt, daß ihre Kämpfe in den letzten Jahren nachgelassen hätten. Die großen Gewerkschaften werden Millionäre; sie seien Großbetriebe mit einer großen Beamtenbureaucratie. Die großen Gewerkschaften sind immer zentralistischer geworden; die zentrale Gewalt beginnt Einfluß auf alles zu besitzen, und der Einfluß der unteren Organe wird immer mehr ausgeschaltet. Das zeigt sich auch beim Streik. Durch die Organisation der Unternehmer hat sich auch das ganze Leben der Gewerkschaften geändert; die Organisationen der Unternehmer haben sie auch gezwungen, zentralistisch zu werden und Millionen zu sammeln usw. Hierzu bemerkt Bringmann:

„Was Dr. Stein hier der Macht der Unternehmerorganisationen andichtet, ist nichts weiter als theoretische Schwäche der Gewerkschaften. Anstatt aus den Theorien für die politische Arbeiterbewegung den Geist zu holen, damit aber die Tatsachen selbst zu werten, um zu erfolgreichen Methoden zu kommen, holt man aus den Theorien der politischen Arbeiterbewegung die Methoden und erfüllt sie mit anderem Geiste. Man hat für diesen sonderbaren Geist noch keine Bezeichnung gefunden. Dr. Stein hilft uns mit Vorliegendem aus der Verlegenheit. Er sagt uns mit dürren Worten: es ist der kapitalistische Geist, der in euren Gewerkschaften die Dinge leitet. Leugne, wer kann! Der

sozialistische Geist häumt sich dagegen auf, bei jedem Abschluß der Aktion droht er sich zu entladen, und vor einigen Wochen standen die Organisationen der Bauleute auf dem Spiele. Es ist hohe Zeit, daß die Gewerkschaften ihm Rechnung tragen.“

Das ist sehr schön gesagt, aber nicht übermäßig klar. Allerdings ist das eine sicher, wenn wir unsere großen Zentralverbände zu einer Menge von Lokalorganisationen zer schlagen, dann werden diese nicht Gefahr laufen, zu Millionären und von kapitalistischem Geist erfüllt zu werden; ob sie aber damit an Widerstandskraft gewinnen, ist freilich eine andere Frage. Bringmann wettert dann gegen die immer wiederkehrenden Nebenarten: „Wir müssen mit den Verhältnissen rechnen, uns der Entwicklung anpassen.“ Er verlangt statt dessen: „In den Gewerkschaften wird auf energische Betätigung, um nicht dem Willen, sondern dem Willen seinen eigenen, im Interesse der Höherentwicklung notwendigen Bedürfnissen anzupassen, hingewirkt werden müssen.“ Auch das ist ein recht hübscher Satz, nur schade, daß man damit in der Praxis nichts anfangen kann.

Bringmann zitiert dann den am 10. April vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände gefaßten Beschluß, nach welchem sämtliche von ihm abgeschlossenen Verträge am selben Tage ablaufen sollen, und den weiteren, der sich gegen paritätische Arbeitsnachweise richtet, und fährt fort: „Solche Beschlüsse sind „Verhältnisse“ und ihre Durchführung ist „Entwicklung“. Sollen wir nun mit den ersteren rechnen und der letzteren uns anpassen?“ Der Antwort, die Bringmann auf diese von ihm aufgeworfene Frage gibt, nämlich: „solchen Verhältnissen und Entwicklungen müssen die Gewerkschaften den kräftigsten Widerstand leisten und sie überwinden“, stimmen wir durchaus zu. Aber dazu ist es notwendig, die Gewerkschaften auszubauen, sie in kräftige und leistungsfähige Zentralverbände zusammenzufassen. Wir dürfen nicht nach Bringmannschem Rezept die Organisationen zersplittern und den örtlichen Organisationen die weitgehendste Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung einräumen. Wollten wir das tun, dann wäre das nicht nur gleichbedeutend mit dem von Bringmann mit Recht verpönten „Auf-dem-Rücken-legen und uns von den Verhältnissen treiben lassen“, nein, es wäre mehr als das, es wäre eine Wehrlosmachung der Arbeiter angesichts des drohenden Feindes; es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung!

Aus der Holzindustrie in Baden.

Der Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1909 konstatiert, daß im Berichtsjahr in den meisten Industriezweigen eine deutlich erkennbare Besserung eingetreten ist. Von dieser Besserung scheint aber die Holzindustrie wenig berührt worden zu sein. Zwar ist die Zahl der Betriebe, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, ziemlich gleich geblieben, 1455 gegen 1457 im Vorjahr, und die Gesamtzahl der in diesen beschäftigten Arbeiter ist sogar von 14 442 auf 14 814 gestiegen. Aber diese Steigerung ist auf eine stärkere Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte zurückzuführen, während die Zahl der erwachsenen Männer einen Rückgang erfahren hat. Auffällig ist insbesondere die nicht nur absolute, sondern auch relative Zunahme der Beschäftigung jugendlicher in der Holzindustrie. Die Zahl der unter 16 Jahre alten Arbeiter hat sich um 127 vermehrt; sie betrug 1085 gegen 958 im Jahre 1908. Aber während im Jahre 1908 in der Holzindustrie auf je 100 Arbeiter noch 6,6 Jugendliche kamen, stieg der Prozentsatz der Jugendlichen im Jahre 1909 auf 7,3. Und während im Jahre 1908 von der Gesamtzahl der in Fabriken beschäftigten Jugendlichen 4,6 Proz. auf die Holzindustrie entfielen, steigerte sich dieser Anteil im Jahre 1909 auf 5,6 Proz. Diese vermehrte Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte läßt erkennen, daß die badische Holzindustrie auch im Jahre 1909 noch schwer unter der Krise zu leiden hatte.

Trotz der starken Inanspruchnahme der jugendlichen Arbeitskräfte werden noch in ziemlich erheblicher Zahl Kinder unter Umgehung der Vorschriften des Kinder-Schutzgesetzes zu gewerblichen Arbeiten herangezogen. Im Laufe des Jahres wurde zweimal durch die Lehrer im ganzen Lande eine Umfrage nach der Zahl der beschäftigten Kinder veranstaltet. Obwohl diese Umfrage aus begreiflichen Gründen kein vollständiges Resultat brachte, so wurden doch bei der Frühjahrserhebung 5305 und bei der Herbsthebung 5443 erwerbstätige Schulkinder ermittelt, wobei die im Landwirtschafts- und Gesindedienst beschäftigten

tigten Kinder nicht mitgezählt wurden. Welt mehr als die Hälfte der Kinder wurde in gefahrbringender Weise beschäftigt. Diese Gefährlichkeit bezieht sich zum Teil auf unerlaubte Arbeitszeiten und auf das zu jugendliche Alter der Kinder, doch wurden auch im Sommer 176, im Winter 190 Kinder in für sie verbotenen Betrieben beschäftigt. Hier von entfällt auch ein ziemlich erheblicher Anteil auf die Holzwarenfabriken.

In manchen Fällen wird die unzulässige Kinderbeschäftigung durch Maßnahmen der Ortspolizeibehörden gefördert, die keine genügende Gesetzkennntnis besitzen. So wurden in einer Holzstoffsabrik 11 Kinder mit dem Aufsehen von Holzplättchen beschäftigt. Von der Ortspolizei waren den Kindern Arbeitskarten ausgestellt worden. Da der Unternehmer schon einmal wegen des gleichen Vergehens angezeigt war, konnte Unkenntnis des Gesetzes nicht angenommen werden. Das eingeleitete Strafverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die wegen Uebertretungen des Kinderschutzes ausgeworfenen Strafen schwanken zwischen 2 und 30 Mk. Hierzu bemerkt der Bericht: „Die Maximalstrafe, für Hausindustrielle und kleine Unternehmer empfindlich genug, dürfte für Inhaber größerer Betriebe ohne Belang und daher bei vielen ohne Wirkung sein.“ Das ist eine Beobachtung, die ziemlich allgemein gemacht wird und die es erklärlich macht, daß die Unternehmer den Arbeiterschutzbestimmungen gegenüber eine so große Gleichgültigkeit an den Tag legen.

Trotz der unausgesetzten Bemühungen der Gewerbeinspektoren und der Beamten der Berufsgenossenschaften sind immer noch eine große Zahl gefährlicher Holzbearbeitungsmaschinen ohne ausreichende Schutzvorrichtungen im Betrieb. Von 1177 Auflagen zum Zwecke der Unfallverhütung, die von der Fabrikinspektion im Laufe des Jahres erlassen wurden, betrafen nicht weniger als 302 Maschinen zur Holzbearbeitung; gegenüber dem Vorjahr, wo 262 Auflagen erlassen wurden, bedeutet das eine nicht unwesentliche Steigerung. Auf die Anbringung und Instandhaltung der Schutzvorrichtungen muß um so mehr Wert gelegt werden, als auch bei ihrem Vorhandensein die Maschinen immer noch mancherlei Gefahren bieten. In zwei Fällen wurden Kinder, die sich in leichtsinniger Weise der Gefahr aussetzten, schwer verletzt. In dem einen Falle wollte ein Knabe im Getriebe einer Schreinerei ohne Wissen der Betriebsleitung Sägemehl holen. Die Schutzvorrichtung war wohl vorhanden, aber der Junge überkletterte den Latenverschlag und wollte die Transmissionswelle übersteigen. Hierbei wurde er erfaßt und getötet. In einem anderen Fall hatte ein vierzehnjähriger Lehrling den an die Welle aufgebundenen Riemen losgemacht, um den Schleifstein zum Schleifen des Taschenmessers in Betrieb zu setzen. Dabei wurde der Knabe um die Welle gewickelt, wobei ihm der rechte Arm vollständig aus dem Schultergelenk herausgerissen wurde. Er kam nach kurzem Krankenlager mit dem Leben davon. In einer Bürstenholzfabrik kam der Fabrikinspektor gerade dazu, als ein junger Bohrer in einem kaum betriebsfähigen Transmissionsgang schlüpfte, um einen Riemen während des vollen Betriebes zu schieben und aufzulegen. Ein älterer Kollege hatte ihm den lebensgefährlichen Auftrag erteilt und der Werkmeister wollte nichts davon bemerkt haben. Der Beamte beschränkte sich darauf, die Beteiligten eindringlich zu warnen.

Erfreulich ist die Mitteilung von der steigenden Zahl der mit der runden Sicherheitswelle ausge-

rüsteten Abrihtmaschinen, deren vorbeugenden Wert Meister wie Arbeiter immer mehr schätzen lernen. Auch bei kombinierten Hobelmaschinen macht die Einführung der Sicherheitswelle gute Fortschritte. Der Bericht macht auf eine von der Firma Carstens in Nürnberg eingeführte Verbesserung des Späneauswurfs aufmerksam, die durch ein unter den Tisch einzuschubendes, dachförmiges Gleitbrett erzielt wird, welches die abfallenden Späne beiderseits nach außen leitet. Die Absicht der Süddeutschen Holzberufsgenossenschaft, von einem bestimmten Zeitpunkt ab für jede noch mit Vierkantwelle laufende Maschine einen Prämienzuschlag zu erheben, dürfte jedenfalls die durchgehende Einführung der Sicherheitswelle beschleunigen. Bekanntlich hat diese Berufsgenossenschaft eine Zeittang für jede eingeführte Sicherheitswelle einen Prämienzuschlag gewährt. Diese Vermählungen um den Schutz der Arbeiter vor Gefahren sind durchaus anzuerkennen.

Die gute Wirkung der Sicherheitswelle ist auch in die Augen springend. Während der Fabrikinspektion im Jahre 1908 noch 9, 1907: 8 und 1906 nur 2 schwere Verletzungen an Abriht- oder Dickenhobelmaschinen gemeldet wurden, kamen solche im Jahre 1909 überhaupt nicht mehr vor. Als Verbesserungen an den ebenso gefährlichen Präsmaschinen erwähnt der Bericht die Querschneider und Profilschuh-Präsköpfe der Werkzeugfabrik von F. Fr. Fuchs in Cannstatt, mit denen sich sauberste Arbeit bei größter Unfallsicherheit und gesteigerter Leistungsfähigkeit erzielen läßt.

Interessant ist eine von der Fabrikinspektion aufgenommene Statistik über die Verteilung der Unfälle auf die Tageszeiten. Soweit die Tagelöhner in Betracht kommt, weisen die Stunden von 10-12 die größte Unfallhäufigkeit auf, dann folgen die Stunden von 2-4, von 8-10 und von 4-6 Uhr. Die kleineren Differenzen der Stunden von 6-8 Uhr morgens und von 12-2 Uhr mittags können außer Betracht bleiben, da die Zahl der in diesen Tagesstunden beschäftigten Arbeiter erheblich geringer sein dürfte als zu der übrigen Zeit. Diese Statistik, die sich auf 8827 Unfälle in der Tagelöhnerindustrie bezieht, ist um so bemerkenswerter, als fast sämtliche Industriezweige eine gleiche Verteilung der Unfallhäufigkeit aufweisen. In der Holzindustrie kommen von den 498 Unfällen auf die Zeit von 8-10: 64, 10-12: 118, 12-2: 36, 2-4: 112, 4-6: 85.

Eine weniger gefährliche als gesundheitsgefährdende Maschine ist die Bürstenstanzmaschine. Die Bemühungen der Fabrikinspektion, durch Verbesserungen an diesen Maschinen die Arbeit für die an ihnen beschäftigten Frauen und Mädchen hygienischer zu gestalten, hatten keinen Erfolg. In einer Fabrik haben von 6 Arbeiterinnen 5 die ungesunde Arbeit verlassen und wurden durch männliche Arbeiter ersetzt. Der Todnauer Maschinenfabrik von Anton Zahoransky ist es gelungen, die automatische Stanzmaschine in ihrer Leistungsfähigkeit bedeutend zu verbessern. Ob die Hoffnung auf die Verbreitung dieser Maschine sich erfüllt, bleibt abzuwarten.

Von der Bürstenindustrie wird übrigens ausdrücklich konstatiert, daß sich die Verhältnisse in ihr noch nicht gebessert haben. In einigen Betrieben wurde vorübergehend die Arbeitszeit eingeschränkt. Dagegen mußte die Ueberbedelung einer Bürstenfabrik von Meßkirch in neuerstellte, gut eingerichtete Räume in Ueberlingen wieder rückgängig gemacht werden, weil es an Arbeitskräften

mangelte. Der Grund für diese Erscheinung wird in den teuren Lebensmitteln und Wohnungen erblickt, die dem Zuwandern von Arbeitern hinderlich waren.

Von den fünf Milzbrandfällen, darunter zwei tödlichen, die sich im Berichtsjahr ereigneten, traf keiner auf die Bürstenindustrie. Bemerkenswert ist, daß in zwei Milzbrandfällen durch Einspritzungen mit dem Merkschen Milzbrandserum nach ärztlichem Bericht ein durchschlagender Erfolg erzielt wurde. Zur besseren Kontrolle der Desinfektion des Materials in den Hochhaarspinnereien und Bürstenfabriken ist vom Ministerium angeordnet worden, daß die Bezirksärzte und Fabrikinspektoren bei ihren Revisionen Proben des desinfizierten Materials entnehmen und zur Untersuchung an die hygienischen Institute der Landesuniversitäten gelangen lassen. Diese Anordnung ist zu begrüßen und auch der Ausbruch des Plakats, das über Aussehen und Wesen des Milzbrands belehrt, in den Bürstenfabriken dürfte im Kampfe gegen die Milzbrandgefahr gute Dienste leisten. Dieser Ausbruch ist auf Anregung der Fabrikinspektion durch die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft erfolgt.

Zum Schluß sei noch die von der Fabrikinspektion vorgenommene Erhebung über die Lage der Arbeiter in den Sägereien erwähnt, auf welche wir demnächst in einem besonderen Artikel eingehen werden.

Heimarbeiterelend in der oberfränkischen Korbindustrie.

Aus Nordbayeren wird uns geschrieben: „Um Schritte und Wege zu finden, wie dem namenlosen Elend der Arbeiter in der oberfränkischen Hausindustrie auf den Leib gerückt werden könne, trat am 24. Juli in Wahrenth eine Konferenz von Vertretern von 14 Gewerkschaftsstellern Oberfrankens zusammen, an der auch 20 Gauvorsteher der verschiedensten Gewerkschaften teilnahmen. Auf Grund eingehenden Studiums hielt u. a. Arbeitersekretär Seelmann-Kronach ein außerordentlich interessantes Referat, das für die Bekämpfung des Heimarbeiterelends eine wertvolle Unterlage bilden wird. Er behandelte insbesondere die Verhältnisse der Korbmacher und führte über die Lage derselben etwa folgendes aus:

Während in der Schiefertafelindustrie, in der Schuhfabrikation und in der Herstellung von Porzellanwaren die Fabrikanten das Rohmaterial zur Verfügung stellen, müssen die Korbmacher ihre Rohstoffe (Böden, Traghebel, Flechtartikel und Beschläge) selbst stellen und von derjenigen Manufaktur beziehen, die den Auftrag zur Herstellung der Waren erteilt. Das Trudhsystem ist ziemlich ausgeprägt. Wenn es auch von der Oberfläche verschwindet, es wuchert aber im geheimen weiter. Die Rohmaterialien werden mit 25 bis 40 Proz. Gewinn an den Korbmacher abgesetzt. Und das will etwas heißen, wenn man berücksichtigt, daß 30 bis 40 Proz. des wirklichen Erlöses an Waren, die fabriziert werden, für Rohmaterialien abgehen.

Leider besteht keine gesetzliche Handhabe, solchen Ausbeutern auf den Leib zu rücken, weil die Gewerbeordnung nur davon spricht, daß die Unternehmer die Rohprodukte nicht über dem „ortsüblichen“ Preis an ihre Arbeiter abgeben dürfen. Vor einigen Jahren sahen fünf Korbmacher aus der Kronacher Gegend auf der Auflagenhaut wegen Vergehens gegen das Trudhsystem. Die Verhand-

Bei den Heimarbeitern im sächsischen Erzgebirge.

Auf der Höhe des Gebirges, nahe der böhmischen Grenze. In einer leichten Talenkung liegen die niedrigen Häuschen am Abhang verstreut, hier eins, dort wieder eins, dann auch einmal eine Gruppe beieinander. Der Boden ringsum schaut kahl aus, er scheint nicht recht ertragreich zu sein. Im ersten Häuschen in Oberheidelberg sitzen zwei alte Leute am Tisch und blicken kaum von der Arbeit auf, sie machen Kletteraffen. Zwei in den Gelenken bewegliche Affen, aus Holz geschnitten und bunt bemalt, die an einem Holzstäbchen emporklettern. In drei Wochen haben sie zusammen 16 Schod fertiggestellt. Der Händler in Hannichen oder Obernhau zahlt ihnen für das Schod 2,25 Mk. Dabei haben die Leute an diesem Quantum 14 Mk. Auslagen gehabt für Farbe, Lack, Stifte und für die Holzreifen, aus denen die Figuren gespalten und geschnitten werden. Den beiden Leuten bleiben pro Woche 7 Mk. Verdienst, da ja auch noch der weite Transport gezahlt werden muß. Ein Glend, Kartoffeln und Bohnenbrühe machen den Speisezettel aus. In der Stube bilden einige Stühle, der Arbeitstisch und ein klapperiger Schrank das ganze Inventar. Die Tür nach dem engen Hausflur ist von außen mit Packleinen benagelt, um die Winterfalte abzuhalten.

In einem anderen Hause werden Häusermännle und Aufknaeder gemacht. Vater und Mutter, der verheiratete Sohn nebst seiner Frau arbeiten zusammen. Es scheint ihnen etwas besser zu gehen als den andern.

Eine Familie in Unterheidelberg, die in dem Aufsieht, Künstler in der Holzschneiderei zu sein, fertigt Tiere an. Immer ferienweise: Pferde, Kühe, Schafe, Hunde, Ziegen, Schweine, wirklich kunstvolle Sachen. Die kleinste Sorte, kaum 2 Zentimeter große Figuren, gemalt und lackiert, kostet pro Schod 75 Pfennig, dem Verleger frei ins Haus geliefert. Also pro Stück 1 1/2 Pfennig! Und welche Menge Arbeit macht doch solch ein Pferdchen. Der Vater und ein Sohn von 15 Jahren knieten aus den nach verschiedenen Fassons gedrehten Holzreifen keine Klöpfchen und schnitzen sodann aus dem in kochendem Wasser erweichten Holze die Figur heraus. Jeder Federzug ist dabei berechnet, kein Auge wird abgewandt. Ein kleiner Junge drückt mit einem Plattbohrer Löcher

ein, in die ein Mädchen sodann Ohren und Schwanz einleimt. Ein größeres Mädchen und die Mutter hoden daneben und bemalen die Tiere schwarz, rotbraun, weiß, und ziehen schließlich die getrockneten Figuren durch eine Schüssel mit Lack. Zweimal in der Woche wird geliefert. In der Stube, die zum Arbeiten wie zum Essen dient, herrscht eine Atmosphäre, die nach Veim und Terpentin dunstet. Die Kinder sind bleiche gebückte Gestalten. Und dabei ist dies eine besonders geschickte Familie!

Talabwärts in Seiffen wohnen die Reisendreher, die schon mehr Körperkraft entwickeln müssen, und von denen ein jeder ein Meister in seiner Kunst ist. Das sind die Weiserstücker unter den Heimarbeitern der Holzspielwarenbranche. Nur kräftige Männer können diese Arbeit verrichten. Und trotzdem, auch was sich hier dem Auge bietet, ist Armut.

Wenn geliefert wird, so ziehen die Leute mit schweren Körben beladen talwärts zum Verleger nach Obernhau oder Grünhainichen oder auch nach Zahda. Ueberallhin sind erst krummenwege Wege bis zur Bahn zurückzulegen. Auf dem Wege von der Bahn zum Verleger sieht man sie dann schmerzlichen Schrittes ziehen. Hier eine junge Frau, hohlwangig, eine schwere Kiepe mit einem Leintuch bedeckt auf dem Rücken, dort ein altersschwaches Männlein, dort ein Kind neben der Mutter herwandernd und fast unter der aufgebürdeten Last der Waren zusammenbrechend. Die Beschäftigung in der Stadt besteht an diesem Vorfertigtage in der Regel fast nur aus ein paar Zöpfchen zu 5 Pf. das Stück und einer Tasse Kaffee. Beim Verleger, dem Aufkäufer, geht aber erst die Plage los. Was er noch so viel Bestellungen haben, für die Heimarbeiter heißt's immer „er habe nichts nötig“. Und dann beginnt das Nörgeln an der Ware, ein Feilschen um jeden Pfennig. Auf jeden Fall weigert er sich, auch nur einen Fünfer pro Schod mehr zu zahlen, als was die Ware vor Jahren schon kostete, obgleich die Rohmaterialien des Heimarbeiters ständig im Preise gestiegen sind. Wohl würde ein gemeinsames Vorgehen der gleiche Waren herstellenden Heimarbeiterfamilien den Händler leicht zur Anlegung höherer Preise zu zwingen vermögen, aber die Leute sind fast ausnahmslos so arm, daß sie keine Woche die Lieferung vorenthalten können.

Noch wird heute in der Heimarbeit dieser Gebirgsdörfer alles angepaßt, was in der Familie verfügbar ist

Kinder, die noch spielen sollten, alle Leute, die längst verdient hätten, ausruhen zu dürfen, und doch reicht es nicht zum notwendigen Lebensunterhalt. Unterernährung ist überall die Folge trotz allen Verzichtes auf sonstige Bedürfnisse. Doch auch von diesen Vermissten haben schon viele angefangen, sich für die Kämpfe der aufwärtsstrebenden Lohnarbeiterkassen zu interessieren. Mit Recht hoffen sie, daß dieses Ringen auch ihnen ein glückverheißendes Omen werden möge.

Im Umfelarund in der sächsischen Schweiz, es ist ein schöner Apriltag. Von den steilen Talhängen löst frühlich der Auf der Anfel. Ringsum grünt und spricht die erwachende Natur, es herrscht Frühjahrsstimmung, anreizend zu froher Lebenslust.

Drei Arbeiterkinder streben talwärts, ein Junge von neun, einer von zwölf und ein Mädchen von dreizehn Jahren. Auf ihren Gesichtern ist nichts von Lebensfreude zu lesen. Die schöne Umgebung läßt sie kalt. Die Last, die sie in und auf den Tragkörben auf dem Rücken tragen, Wurzelholz, nach beiden Seiten weit überstehend, erfordert ihre ganze Aufmerksamkeit. Es sind Abfälle vom Ausroden der Baumstümpfe, Leesholz, von dem die Leute aber nur soviel sammeln dürfen, als sie tragen können. Das Fortschaffen mittels Handwagens ist verboten. Daher kommt es, daß die Kinder die Last den krummenweg schleppen. Und das ist nichts Leichtes. Der große Junge, der sich wohl etwas zu viel zugemutet hat, verliert plötzlich die Balance, er fällt mit seinem Tragkorb zur Seite. Von neuem werden die Wurzelbüschel auf dem Korb festgebunden, mühsam richtet er sich mit Hilfe der Geschwister samt seinem Pack auf dem Rücken wieder auf. Weiter geht es, heimwärts mit dem bläuen Feuerung. Ab und zu ruhen die Geschwister aus, die Last auf einem Erdborssprung oder ein Brückengeländer stützend.

Das ist die schöne goldene Jugendzeit der Arbeiterkinder! Aber es sind ihrer sechs, das Kind und der Vater, der drunter im Sägenwerk arbeitet, hat nur 2,50 Mk. Tagelohn.

Oben im Wastelhotel speisen die Jungknechte zu Mittag à Gedeck 2,50 Mk. ohne Wein. — Gütliche Weltordnung!

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Angermünde (Pfeiffer), Beckum i. W. (Möbelfabrik Grickelid u. Co.), Dahme i. Marl, Delmenhorst (Waggonfabrik Lönjes), Dessau, Eutin, Frankfurt a. Oder (Mittel, Wangehädt), Friedland in Mecklenburg (H. Piepfort und Simonow), Glauchau (Albin Kreil, Zimmermeister), Halle a. S. (Lindner in Ammendorf), Lössen in Pommern, Markgräningen in Württemberg, Witten i. L. (Rebühl), Weine, Schlawa i. Pommern, Spandau (Wehring u. Co.), Speyer, Stolp i. Pommern, Nettersen, Welbert im Rheinland (Joseph Verhauff), Waiblingen, Waldenburg i. Schlesien, Weida (Dornbirn), Wriezen a. Oder (Hermann Schmidt), Teitschen-Wodenberg i. Oesterreich, Gablitz, Reichenberg in Ungarn, Sorgen-Glarus i. Schweiz.
- Möbelfabrikern nach Frankfurt a. M. (Maros Union), Hamburg (Meinmeister), Zürich-Albisrieden (Schneller).
- Stuhlbanern nach Steinheim a. Murr.
- Vergolder und Goldleistenmacher aller Branchen nach Hamburg-Altona-Dittensen (Schreberg u. Co.).
- Korbmachern nach Berlin (Stralauer Waschkütle), Dresden (Reimann), Glückstadt (Kahlle), Köpfchenbroda, Nürnberg.
- Drechsler nach Angermünde (Pfeiffer), Dinkelsbühl, Melbra am Kyffhäuser, Stolp i. Pomm.
- Knochenmachern nach Melbra a. Kyffh.
- Stellmachern u. Wagenbauern nach Bremen, Delmenhorst, Halle a. S. (Lindner-Ammendorf).
- Wagenmachern nach Augsburg, Quakenbrück.

lung förderte die unglaublichsten Dinge zutage. Während der eine Korbhändler sein Rohprodukt (Stroh) an die Korbmacher um 75 Pf. das Paket verkaufte, verkauften es die übrigen in gleicher Qualität um 80, 90, 100, 110 und 130 Pf. Der wirkliche Einkaufspreis war dazumal 50 bis 60 Pf. Vier von den Männern wurden bestraft, aber es stand die Verurteilung in keinem Verhältnis zu der langjährigen Ueberverteilung der armen Korbmacher.

Nach was voranzusehen war, ist eingetreten: die Korbhändler verständigten sich, führten ziemlich gleich hohe Verkaufspreise ein mit höherem Gewinn, und da außer den Korbhändlern solche Rohprodukte andere Kaufleute nicht führen, ist der hohe Verkaufspreis „ortsüblich“ geworden.

Neben dem Verkauf von Rohmaterialien werden auch Spezialewaren gefäbrt. Die Korbmacher liefern ihre Waren im Magazin ab, die Rohmaterialien erhalten sie ebenfalls dort. Hierfür wird ihnen der Liefer- und Warencettel ausgehändigt. Dann müssen sie ins Kontor. Dort heißt es: brauchen Sie nichts in Spezialewaren? Ja, ist die Antwort, und es wird Kaffee, Zucker usw. gekauft. Am liebsten wäre es verschiedenen Korbhändlern, wenn der Wert der Spezialewaren den der abgelieferten Arbeit gleich aufwiegen würde. Nicht selten ist der Einkauf an Spezialewaren bestimmend für die Höhe der Bestellung in Rohwaren. Häufig kommt es vor, daß Korbmacher nach Hause gehen mit 6, 5, 4 und 3 Mk. Hierfür sollen die sonstigen Bedürfnisse wie Miete, Holz, Kohlen, Brot, Kleidung, Schuhwerk usw. bestritten werden.

Durch den Zoll auf eingeführtes Rohmaterial sind die Verkaufspreise gestiegen. Die Staaten, welche bestraft wurden, ergreifen Repressalien und verzollten die von Deutschland hinausgehenden Rohwaren. Die Korbhändler senken die Arbeitspreise pro Satz Körbe herunter und so sind die Verdiensthverhältnisse, welche so schon traurig waren, noch verschlechtert worden.

Als Tagesverdienst für einen Korbarbeiter und unter Zugrundelegung einer Arbeitszeit von 13 Stunden gilt der Betrag von 1,30 Mk. oder 10 Pf. pro Stunde. Familien mit drei Wollpersonen (Vater, Sohn und Mutter) verdienen bei einer Arbeitszeit von 10 bis 12 Uhr morgens bis 10 Uhr abends 10 bis 18 Mk. Am Freitag wird sehr oft die ganze Nacht durchgearbeitet oder bis morgens 1 bis 2 Uhr. Am Samstag wird geliefert. Während der Mann seine Ware absetzt, putzt und schneuert die Frau das Haus. Am Sonntag vormittag wird wieder für die nächste Woche vorgearbeitet. Am Winter beginnt die Arbeit früh 7 Uhr bis nach 12 Uhr. Die Mütter sind an den Sonntagen mit Waschen, Kliden und Stricken voll beschäftigt, um nur einigermaßen nachzuholen, was an den Wochentagen nicht gemacht werden kann.

Die durchschnittliche Arbeitszeit eines Korbarbeiters im Korbmacherberufe beträgt 84 Stunden wöchentlich. Für die ganze Familie mit Vater, Mutter und Sohn 200 Stunden bei einem Verdienst von 8 Pf. pro Stunde und pro Arbeiter im Durchschnitt.

In sehr vielen Fällen scheuen sich die Korbmacher, die tatsächlichen, traurigen Verhältnisse anzugeben, teils aus Scham, teils aus Furcht, es könnte der Warenabnehmer ihnen die Bestellungen entziehen.

80 Prozent der Korbmacher liefern an Händler, die gleichzeitig Kaufleute in Spezialewaren sind, 15 Prozent an Händler ohne Spezialewaren, 3 Prozent an Händler ohne Kaufmann. 1 Prozent an Genossenschaften und 1 Prozent veräußert seine Waren selbst.

Unter den Korbmachern gibt es auch solche, welche bessere Luxuswaren und Phantasieartikel herstellen. Diese verdienen wohl mehr als das Gros der Korbmacher, sind aber mit vereinzelten Ausnahmen nicht voll beschäftigt. Sie müssen deshalb ebenfalls zu den gangbaren und schlecht bezahlten Artikeln übergreifen.

Die Geschloßkorbfabrikation wird in eigenen oder gemieteten Werkstätten betrieben. So in Wittlich, Michelau und Klipp. Der Verdienst ist wohl etwas besser, allein die Akkordpreise sind bedeutend niedriger als in Norddeutschland. So hat die Firma Stoll u. Lauterbach innerhalb drei Jahren die Akkordpreise um 40 bis 50 Proz. reduziert, nur Michelau ist zum Manufakturhystem übergegangen. Die Verdienste werden von Periode zu Periode schlechter und dabei ist der bayerische Staat der Hauptabnehmer.

Nur ein einziger Ort, und zwar Schuch, ist bahnbrechend vorgegangen. Der dortige Konsumverein erbaute eine eigene Werkstätte mit ausreichend Luft und Licht, bezahlt seine Arbeiter besser und gewährt für die Rohmaterialien, welche billiger sind wie bei den Korbhändlern, an seine Mitglieder noch Prozente.

Als Arbeitsraum dient bei allen übrigen Korbmachern die eigene Wohnung. In vielen Familien ist die Arbeitsstube das ganze Logis. 80 Proz. dieser Familien hat nur eine kleine Stube und eine räumlich noch beschränktere Kammer, 10 Proz. haben Stube, Kammer und Küche. In Betracht kommen meistens hochverkeimte hohe Häuschen mit 7 bis 8 Meter Länge und 7 bis 8 Meter Tiefe. Drei bis vier Familien wohnen darin. Die Familien sind meist kinderreich, die Aufenthaltsräume klein, niedrig und feucht, schlechte Fußböden, schlechte Fenster, Türen und Oefen sind an der Tagesordnung. Diese Wohnlöcher dienen als Werkstatt, Wohn- und Schlafraum, als Küche, Waschkraum, Entbindungsanstalt und Totenkammer.

Der staatlich angestellte bayerische Zentralwohnungsinspektor Dr. Bergmann hat seine Beobachtungen in einer Zeitschrift 1907/08 niedergelegt. Er schreibt: In Johannisthal bei Kronach, ein Korbmacherort, haben von 50 Haushaltungen 25 nur eine Stube ohne jeden Nebenraum, 28 eine Stube und eine Kammer. In einem Hause hatten zwei Familien zusammen nur einen einzigen Raum. Die Schlafstellen nebeneinander sind ohne Zwischenwand. Ein großer Teil der Wohnungen wurde als gänzlich verwahrloßt und räumlich unzureichend bezeichnet. Man hat wohl zwölf Einzelfamilienhäuser dort errichtet, jedoch jene gänzlich verwahrloßten Häuser wurden nach der Räumung wieder anderweitig vermietet.

Außer dieser gibt es eine große Zahl von Gemeinden, wo die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter ebenfalls miserabel sind. Der vierle Teil der Korbmacher hat sein eigenes Häuschen, das mit wenigen Ausnahmen verschuldet ist. Wegen des geringen Verdienstes werden alle Räume vermietet und Reparaturen sind so gut wie ausgeschlossen.

Hunderte von Kindern unter 14 Jahren sind in der Korbmacherei tätig. Sie verkommen körperlich und geistig. Die Ernährung dieser armen Geschöpfe ist ungenügend und fast ohne Nährwert. Kaffee, Kartoffeln, Mätze, Zwiebelbrühe, Käse und Serringe sind die Hauptnahrung.

Das Durchschnittsalter stellt sich wie folgt: bei Verheirateten auf 37 Jahre, bei ledigen Weiblichen auf 27 Jahre, bei ledigen Männlichen auf 30 Jahre.

Die Hauptkrankheiten sind: Lungenleiden 17 Proz., Rheumatismus 12 Proz., Hautkrankheiten 9 Proz., Magenleiden 18 Proz., Anfluenza 30 Proz., Verletzungen 14 Prozent.

Sämtliche Krankheiten finden ihren Nährboden und ihre Verschleimung durch die schlechten Wohnverhältnisse, die überlange Arbeitszeit und die Unterernährung als Folge des miserablen Verdienstes.

Was Emanuel Sag 1884 in seinem Werke über die elende Lage der Heimarbeiter in Thüringen schrieb, trifft auch auf das nördliche Franken zu. Auch die Statistik, die der „Deutsche Holzarbeiterverband“ im Jahre 1907 über die Lage der Korbmacher im Wahlkreis Kronach-Viehlfeld herausgab, kann heute noch als maßgebende Unterlage bezeichnet werden.

Alle die himmelschreienden Zustände in der Heimindustrie sind von der organisierten Arbeiterschaft auf ihren Berufskongressen sowohl als auch auf allgemeinen Gewerkschaftskongressen, desgleichen auf dem Heimarbeiterschuttkongress lebhaft besprochen worden. Man hat geschrieben nach Abhilfe und geschlichen Schutzbestimmungen, doch vergebens.

Keine andere Partei als die Sozialdemokratie fordert seit 48 Jahren Kinder- und Arbeiterschuttl Gesehtwürfe zum Schutze aller Arbeiter und Arbeiterinnen, auch für die Heimindustrie, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an den Reichstag gebracht. Nach einem jahrelangen Kämpfen kam am 30. März 1903 das Kinderschuttlgesetz. Es verbietet nicht die gewerbliche Kinder-

arbeit, sondern es „regelt“ nur die Beschäftigung. Nach sieben Jahren kommt der „Entwurf eines Hausarbeiterschuttlgesetzes“, der von den gestellten Forderungen nur einzelne Punkte enthält, welche zum Teil nichtsagend sind. Und dieser Entwurf der Reichskommission für das Hausarbeitgesetz bringt die „Oberfränkische Handelskammer“ ganz aus dem Häuschen. Ist es angeht die hier geschilderten Tatsachen über die Verhältnisse der Heimarbeiter im Kronacher Kreise nicht eine Unverkennbarkeit, wenn das Sprachrohr der Oberfränkischen Handelskammer, ein Herr Dr. S., im „Hofen Anzeiger“ schreibt, die Einführung von fakultativen Lohnmännern, die obligatorische Einführung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln, die Vertantgabe der jeweils gezahlten Löhne, das Verbot von Arbeiten ohne Entlohnung sei eine „unerträgliche Reglementierung“! Schämt man sich vielleicht der breiten Öffentlichkeit gegenüber, die erbärmlichen Löhne der Arbeiter durch Zahlen mitzuteilen?

In einem Atemzug hat man die Kühnheit, zu behaupten, daß in der ausgebreiteten Hausindustrie in Oberfranken keine Mißstände bestehen, die den Erlass derartiger Bestimmungen rechtfertigen. Die Verhältnisse der Arbeiter seien gute, sie hätten große Selbständigkeit, zumelst ihre eigene Scholle, sie seien zufrieden usw.

Es sollen nur die Uebelstände beseitigt werden, soweit sich aus der Art der Beschäftigung Gefahren für Leben und Gesundheit ergeben. Für dieses Zugeständnis sind wir dem Herrn Dr. S. dankbar. Die Gefahren für Gesundheit und Leben liegen in der schlechten Bezahlung! Schlechte Bezahlung bringt von selbst die Verlängerung der Arbeitszeit bis zur vollständigen Erschöpfung! Daß man bei einem Stundenlohn von 8 Pf. keine anständige Wohnung bestreiten kann, daß man infolge dieses miserablen Verdienstes an Unterernährung leidet, darin liegt ja die „Gefahr für Gesundheit und Leben“! Das scheint dieser Herr Dr. S. nicht zu wissen. Dieser Widerspruch in der Petition wird dem Reichstag wohl die Augen öffnen. —

Die Konferenz kam zu dem Beschluß, eine eingehend begündete Petition an den Reichstag abzugeben, worin die Einwände der oberfränkischen Handelskammer gegen das Heimarbeiterschuttlgesetz gründlich widerlegt werden.

Die Konferenz war aber auch der Meinung, daß die beste Hilfe wohl die Heimarbeiter selbst sich bringen können. Es soll nun unter Leitung der nordbayerischen Agitationskommission eine planmäßige Agitation im ganzen Hausindustriengebiet Oberfrankens aufgenommen werden, um die Korbmacher und Rahmenarbeiter bis zum letzten Mann dem Holzarbeiterverband zuzuführen. Der von der Konferenz entworfene Arbeitsplan und der eiserne Wille der Konferenzteilnehmer wird endlich doch dazu führen, daß die Heimarbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß sie ohne starke Organisation nicht aus ihrem namenlosen Elend gehoben werden können.

Etwas vom Drechslerhandwerk.

aw. Betrachtet man die Drechslerkunst wie sie heute liegt, so muß man zu der Erkenntnis gelangen, daß nicht mehr gar zu viel von der früheren Herrlichkeit derselben übrig geblieben ist. Bau- und Möbeldrecherei leiden schwer unter der jetzigen modernen Stilrichtung. Während man früher die guten Möbel durch viele Drecherei zu verschönern trachtete, und bei den besseren Treppengeländern meistens viele und oft recht komplizierte Drecherei verwendete, ist in der jetzigen Epoche von alledem nur wenig noch zu bemerken.

Die Drecherei hat einer neuen Geschmacksrichtung, sehr zum Schaden des Drechslerhandwerks, weichen müssen; ob dieselbe schöner, soll hier nicht untersucht werden. Was modern ist, soll bekanntlich ja auch schön sein; doch läßt sich über diese Ansicht streiten.

In den 80er und auch 90er Jahren gab es noch eine große Zahl Drechsler, welche sich ausschließlich mit der Herstellung von Galanteriewaren beschäftigte. Da wurden Garderobenständer, Schirmständer und andere derartige Drechslerarbeiten viel hergestellt und gern gekauft. Wenn es auch bei den Krautern, die sich mit der Fabrikation dieser Sachen befaßten, durchaus keine Seltenheit war, daß ihre Gefellen, um den verdienten Lohn zu erlangen, mit den Meistern des Sonnabends liefern gehen mußten, so war doch immerhin, abgesehen von diesem Uebelstand, die damals in Blüte stehende Galanteriedrecherei eine Branche, die vielen Drechslern Beschäftigung und somit auch schlechthweg Lohn und Brot gab. Allein diese Zeiten sind vorüber. Nur selten sieht man noch Galanteriewaren aus Holz gefertigt. Die Metallindustrie hat mit großem Erfolge die Herstellung dieser Waren an sich gerissen, und will man gerecht sein, so ist anzuerkennen, daß die von dieser Seite auf den Markt gebrachten Waren dieser Art in bezug auf Billigkeit, Haltbarkeit und gefälliges Aussehen den Holzwaren in der Tat etwas voraus haben.

Hierbei sei auf ein Erzeugnis der Drechslerkunst hingewiesen, welches in früheren Jahren außerordentlich verbreitet war, dessen Fabrikation noch sozusagen der guten alten Zeit angehörte. Es ist das Spinnrad. Unter den heutigen Drechslern wird es viele geben, die diese, fast möchte man sagen, kunstvolle Maschine kaum dem Namen nach kennen; und doch war es das Spinnrad, dessen Herstellung gar vielen Drechslern, besonders in den kleinen Landstädten, fast ausschließlich den Lebensunterhalt verschaffte. Lange, lange Zeiten, von Geschlecht zu Geschlecht herrschte und behauptete das Spinnrad tapfer das Feld. Schon in den alten, schönen Märcen unserer Väterzeit hören wir von ihm. Allein die Einführung der Maschinen machte den so lange unentbehrlichen Gebrauchsgegenstand überflüssig, wie ja das Zeitalter der Maschine überhaupt so vieles alte und ehrwürdige erbarmungslos hinwegfegte.

Die Hochkonjunktur des Spinnradbrechlers waren die Wintermonate. Wenn draußen in Wald und Feld eine weiße Schneedecke sich breitet, wenn an dem kleinen Fensterchen des stillen Bauerngehöftes über Nacht die herrlichsten Glühwürmchen erstanden, dann war die Zeit, wo die weiblichen Familienmitglieder das Spinnrad dicht an den warmen Ofen rücken und hurtig und fleißig das Mädchen schnurren ließen. Des Abends aber versammelten sich die jungen Dirnen und Burschen des Dorfes in den Spinnstuben, wo es gar lustig herging und außer Plachs wohl noch manches andere gesponnen wurde.

Da blühte der Weizen der ehrsamten Drechslerkunst; und von früh bis in später Nacht wurde emsig geschafft, die Spinnräder fertig zu stellen, deren Zubehörite man im Sommer schon auf Lager gearbeitet hatte. Auf den Wochen- und Jahrmärkten wurden dann die schönen buntgemalten Räder um einen Taler auch wohl anderthalb das Stück feilgeboten und fanden dort guten, stolzen Absatz. So brachte denn so ein Markttag dem braven Meister eine hübsche Zahl harter Talerstücke ein; der Geselle aber, der dem Meister durch lästige und oft noch längere Arbeitszeit zu seinem Profit verholfen, erhielt am Samstag dafür den fürstlichen Lohn von 15 bis 25 Silbergroschen für die ganze Arbeitswoche.

Es wird nicht uninteressant sein, mit wenigen Worten auch der Drehbänke zu gedenken, welche die damalige Zeit hauptsächlich benutzte. Die sogenannte „Wippe“ fand für den Spinnradbau fast allgemeine Verwendung. Es wird heute nicht gar zu viele Drechsler geben, die diese Drehbänke kennen gelernt haben. Eine lange elastische Weidenstange, an der Werkstattende befestigt, vertrat die Stelle des Schwungrades. Von ihr ging eine vom Seiler gefertigte Darmschnur, die ein paar Mal um die Spindel gewickelt wurde und unten am Tritt befestigt war. Das Arbeitsstück wurde in der heute noch üblichen Weise eingespannt. Drückte der Drechsler mit dem Fuße das Trittbrett nach unten, so drehte sich das eingespannte Stück mehrere Male vorwärts, um, sobald der Druck des Fußes nachließ, sich ebenso oft rückwärts zu drehen, da die elastische Weidenstange den Tritt in die Höhe zog. Diese Art Drecherei war gewiß eine recht primitive, aber doch haben die Väter des Drechslerhandwerkes außer dem Spinnrad alles, was die damalige Zeit von der Drechslerkunst erforderte, auf diesen Säulen mit vielem Geschick hergestellt.

Kommen wir nach diesen Betrachtungen vergangener Tage zurück in die Gegenwart, und fragen: was könnte wohl geeignet sein, dem gesunkenen Drechslergewerbe, welches bald aufgehört hat, ein selbständiges zu sein, und das man nicht ganz unrichtig als ein Handwerk auf „Abbruch“ bezeichnen könnte, wieder zu Ansehen und Ehren zu bringen? Da wäre zweifellos eine neue Stilrichtung, welche viel Dreharbeit erfordert, wohl hierzu das beste Mittel. Allein darauf ist in absehbarer Zeit wohl nicht zu hoffen. Das auch zuweilen hohe Persönlichkeiten sich mit aufgeschlagenen Hemdkärmeln im Schweiß ihres Angesichts mühen, ein Stuhlbein oder Tischfuß zu drehen, ist ganz nett, kann aber auch nichts an der traurigen Lage der Drechsler ändern.

Um der weiteren Verelendung des Handwerkes Einhalt zu tun, ist notwendig: eine straffe, klare und zielbewusste Organisation und größtmögliche Einschränkung der Lehrlingszahl.

Von den meisten Großstädten kann man wohl erfreulicherweise sagen, daß die Kollegen zum großen Teil ihre Lage begriffen und durch festen Zusammenschluß ihre Position halten und wenn möglich zu bessern suchen. Auch tritt das Lehrlingsumwesen nicht zu augenfällig in Erscheinung. Anders liegt das aber in den kleineren Provinzstädten. Hier läßt das Organisationsverhältnis der Kollegen noch viel zu wünschen und die Lehrlingszucherei steht in schönster Blüte.

In den Kleinstädten steht das Drechslerhandwerk noch in leidlich „gutem Geruche“. Der Meister ist in der Regel sehr vielseitig. Außer Bau- und Möbelarbeit wird so ziemlich alles und noch manches andere von ihm verlangt. Schirme und Spazierstöcke, Tabatzpfeifen und Zigarrenspitzen und viele andere Dinge, die sich hier nicht alle aufzählen lassen, und die auch oft mit der „Kunst“ fast gar keinen Zusammenhang mehr haben, gibt man ihm zur Reparatur. Dabei bekleidet dann der biedere Meister noch den einen oder anderen Ehrenposten im Städtchen. So hat der Schreiber dieser Zeilen in den achtziger Jahren in dem kleinen Orte Mustau bei einem Kräuter gearbeitet, welcher außer der Würde des Drechslermeisters noch das Amt eines städtischen Fleischbeschauers, Feuerwehrehauptmanns und Langlehrers bekleidete. Daß der Mann auch eine hervorragende Stellung im Kriegerverein einnahm, ist selbstverständlich. Dadurch wird so ein Meister natürlich eine bedeutende und berühmte Person in der Stadt, und gern geben die Mitbürger ihre Spößlinge bei ihm in die Lehre. Der bedauernswerte junge Mensch wird nun zu allen möglichen Verrichtungen im Haushalt und in der Kinderpflege herangezogen. Vom Drechslerberuf selbst aber lernt der Aermste oft wenig genug kennen. Wenn dann nach Verlauf von vier Jahren die „Ausbildung“ vollendet, so wird der Jüngling auf das Handwerk losgelassen, und todesmutig, die Praxi geschwollen von lähnen Hoffnungen stürzt sich der frischgebildete Geselle, weil in seiner Heimat meistens keine Arbeitsgelegenheit für ihn vorhanden, auf die Großstadt, um hier mit seiner „Kraft“ die Menschheit zu beglücken. Aber ach, wie viele Enttäuschungen und bittere Erfahrungen muß er sammeln, bis es ihm gelingt, sich einigermaßen durchzurufen, bis er sich notwendig die Fähigkeiten erworben, die in einer Großstadt mit ihren spezialisierten Arbeitsmethoden nun einmal verlangt werden.

Es wäre dringend zu wünschen, daß alle die Eltern, deren Söhne vor der Berufswahl stehen, von den Ortsverwaltungen über die wenig beneidenswerte Lage des Drechslerhandwerkes aufgeklärt werden, zu ihrem eigenen Nutzen und zum Segen der gesamten Branche.

Denen aber, die mitten im Handwerk stehen, kann nur mit allem Nachdruck zugerufen werden: Schließt Euch zusammen. Organisiert Euch Mann für Mann in einem Verbande, welcher groß und stark genug ist, sich auch Eurer anzunehmen und Eure Interessen tatkräftig zu vertreten. Treibt ein in den Deutschen Holzarbeiterverband!

Soziales.

Die badische Budgetabstimmung und die christlichen Gewerkschaften.

Man sollte meinen, daß es recht schwer ist, zwischen diesen beiden Dingen einen Zusammenhang zu konstruieren. Machen doch die christlichen Gewerkschaften stets die verzweifeltsten Anstrengungen, ihre politische Neutralität zu betonen, um ihre offensichtliche Abhängigkeit von der Zentrumspartei zu leugnen. Die Organe der christlichen Gewerkschaften haben die sonderbarsten Argumente zum Besten gegeben, um ihren Anhängern klarzumachen, daß es sie als christliche Gewerkschaftler gar nichts angehe, wenn christliche Gewerkschaftsführer im Reichstag für die Verteuerung des Brotes durch die Erhöhung hoher Zollschranken oder wie bei der Finanzreform für eine ungeheuerliche Belastung des Arbeiterhaushaltes durch hohe Steuern eintreten. Die christlichen Arbeitersekretäre, die zugleich Abgeordnete sind, können als solche auf die Interessen der Arbeiter keine Rücksicht nehmen, für sie ist allein das Fraktionsinteresse des Zentrums maßgebend. Wenn das Zentrum arbeiterfeindliche Politik machen will, dann ist es Pflicht seiner Arbeiterabgeordneten, sich daran zu beteiligen. Die christlichen Gewerkschaften haben sich darum gar nicht zu kümmern. „Die Finanzreform hat kein direktes Interesse für unsere christlichen Gewerkschaften. Sie ist eine politische Frage und war es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders.“ So schrieb das christliche „Zentralblatt“, und in der gleichen Nummer (17/1900) führte es aus: „Unsere eigenartige Stellung zwingt uns zum Verzicht auf die Erörterung mancher Fragen politischer und wirtschaftspolitischer Art, an denen wir als Arbeiter unbedingt ein Interesse hätten.“ An diese Richtlinie hat sich auch die gesamte übrige christliche Gewerkschaftspresse gehalten, insbesondere auch der christliche „Holzarbeiter“. Um so eigenartiger berührt es, daß dieses Blatt jetzt alle seine Grundsätze vergißt und in einem längeren Artikel Stellung nimmt zu einer rein politischen Frage, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter beim besten Willen in keine Beziehung zu bringen ist.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtages hat, trotz des entgegenstehenden Beschlusses des Parteitages zu Nürnberg für das Budget gestimmt. Für diesen Verstoß gegen die Parteidisziplin wird sie von dem bevorstehenden Parteitag in Magdeburg zur Rechenschaft gezogen werden. In der außerbadischen Parteipresse wird das Verhalten der badischen Landtagsfraktion fast durchgehend scharf gelabelt und die Entkräftung über den Disziplinbruch macht sich auch in vielen Versammlungen der sozialdemokratischen Partei, unseres Erachtens mit vollem Recht, in scharfen Worten Luft. Für die Gewerkschaften liegt jedoch nicht der geringste Anlaß vor, in dieser rein politischen Angelegenheit, die im Grunde nur die politischen Organisationen interessiert, jedenfalls aber die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in keiner Weise berührt, Stellung zu nehmen.

Dieser letztere Umstand scheint aber dem christlichen „Holzarbeiter“ gerade Veranlassung gegeben zu haben, sich in einem längeren Leitartikel in seiner Nr. 30 auf den Gegenstand zu stürzen. Diese Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten wird ihm jedoch von seinen Gönnern gern verziehen werden, handelt es sich doch dabei um eine Maßnahme zur höheren Ehre des Zentrums. Der Disziplinbruch der badischen Sozialdemokraten ist nämlich eine Tat, die sich gegen das Zentrum richtet. Sie wollten verhindern, daß das im badischen Landtag zurückgedrängte Zentrum Gelegenheit findet, seine Unentbehrlichkeit zu beweisen. Die Annahme des Budgets durch die Sozialdemokraten kam für das Zentrum ganz unerwartet, den Ultramontanen wurde dadurch das ganze Konzept verdorben. Daher der grimme Zorn der Schwarzen, der sie alle Klugheit so vergessen läßt, daß sie sich sogar in der christlichen Gewerkschaftspresse auszutoben beginnen.

Das christliche Blatt handelt recht inkonsequent, indem es sich, im Gegensatz zu seinem Schweigen gegenüber politischen Fragen, bei welchen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter auf dem Spiele standen, mit solcher Vollkraft auf den Knochen der Budgetabstimmung wirft. Aber diese Inkonsequenz wird noch überboten durch die widerspruchsvolle Behandlung des Gegenstandes. In der Bewilligung des Staatsbudgets durch die badischen Sozialdemokraten sieht der christliche „Holzarbeiter“ eine Anerkennung der Richtigkeit der Mittel, die schon längst von den christlichen Arbeitern als zum Ziele führend anerkannt wurden. Statt aber diese Handlung zu loben, schimpft er auf die Budgetbewilliger, denen die Budgetbewilligung nur ein Mittel zum Zweck ist, um sich besser durchzusetzen. Diese Beurteilung des Vorfalls entspricht natürlich ganz der Auffassung des Zentrums, das die Haltung der badischen Sozialdemokraten mit einem heiteren und einem nassen Auge betrachtet. Aber auch uns erfüllt das Aufgreifen dieser Frage durch ein christliches Gewerkschaftsblatt mit einer gewissen Genugtuung. Wenn der christliche „Holzarbeiter“ diese rein politische Angelegenheit für so wichtig hält, dann wird er es hoffentlich künftighin nicht mehr ablehnen, zu öffentlichen Angelegenheiten von weit größerer Bedeutung Stellung zu nehmen. Ausreden wie die, daß die Finanzreform kein direktes Interesse für die christlichen Gewerkschaften hat, können nach diesem Vorgang nicht mehr vorgeführt werden. Wir werden nicht verfehlen, im gegebenen Fall unserm christlichen Kollegen an das Interesse zu erinnern, das er diesmal einer politischen Frage entgegengebracht hat.

Der fünfzigste Sozialdemokrat. Zwei glänzende Siege hat die Sozialdemokratie in der vergangenen Woche in Württemberg erringt. Der nationalliberale Führer Pieber, der in ein hohes Staatsamt berufen wurde, mußte infolgedessen sein Reichs- und Landtagsmandat niederlegen. Der Wahlkreis Weilheim, den Pieber im Landtag vertrat, ist ein rein ländlicher Kreis; nicht einmal der Hauptort des Bezirkes ist an das Bahnnetz angeschlossen. Trotzdem erhielt der sozialdemokratische Kandidat, Gemeinderat Kinkel in Göppingen, die höchste Stimmenzahl. Beim zweiten Wahlgang entscheidet in Württemberg die relative Mehrheit. Hier zogen die Nationalliberalen ihre Kandidatur zugunsten der Volkspartei zurück, während der Bauernbund seine Kandidatur aufrechterhielt. Bei der Wahl am 28. Juli wurde Kinkel mit 1448 Stimmen gegen 1200 volksparteiliche und 1070 Bauernbundsstimmen in den württembergischen Landtag gewählt.

Zwei Tage darauf fand die Ersthauptwahl zum Reichstag im Wahlkreis Cambrath-Ludwigsburg statt. Hier siegte der Sozialdemokrat Keil im ersten Wahlgang mit 18705 Stimmen, während es der von der Volkspartei unterstützte Nationalliberale nur auf 8528 Stimmen brachte und der Bauernbündler 4247 Stimmen erhielt. Mit Keil zieht der fünfzigste Sozialdemokrat in den Reichstag. Diese Wahlsiege sind für uns um so erfreulicher, als beide Gewählte Mitglieder unseres Holzarbeiterverbandes sind und eine fleißige Tätigkeit für unseren Verband entfaltet haben und noch entfalten. Den Kollegen Keil und Kinkel bringen wir auch an dieser Stelle unseren besten Glückwunsch zu dem erlangten Erfolge.

Rückgang des Bierkonsums in München. Auffallend stark ist der Rückgang des Bierkonsums in München. Zu Beginn der 80er Jahre (1881—1883) berechnete sich auf den Kopf der Bevölkerung ein durchschnittlicher Jahresbierkonsum von 465 Liter; noch im Jahre 1906 betrug derselbe 303 Liter, dagegen 1908 nur noch 266 Liter, und 1909 sank derselbe auf 257 Liter herab. Einen noch stärkeren Rückgang wird das Jahr 1910 bringen. Neben der Abstinenzbewegung, die auch in München erfreulicherweise unter der organisierten Arbeiterklasse immer mehr Terrain gewinnt, wird natürlich die Verteuerung des Bieres durch das neue Malzaufschlaggesetz die Verbrauchsziffer noch ganz erheblich herabdrücken. Der Plan der edlen Menschenfreunde, dem gequälten Volke durch neue indirekte Steuern weitere Millionen abzulockern, ist damit etwas vorbeigelungen und die Einschränkung des Biergenusses ist der beste Protest gegen die schändliche indirekte Steuerpolitik. Infolge des Ausfalles an indirekten Steuern kündigte der betrübte bayerische Finanzminister einen weiteren Zuschlag von 2½ Proz. zu den direkten Staatssteuern an.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch anlässlich gemäß der Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltarifes erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. August beträgt in Aschaffenburg 80 Pf., Bredstedt 70 Pf., Grebenmühl 70 Pf., Mustau 85 Pf., Schweikershain 70 Pf., Torgelow 65 Pf., Weiskwasser 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 20002 Max Schröder, Tischler, geb. 21. 7. 72 zu Spahnshausdorf.
 - 134402 Hermann Siemers, Korbmacher, geb. 24. 8. 86 zu Werdelsdorf.
 - 185600 Friedrich Diefing, Tischler, geb. 22. 11. 74 zu Stargardt.
 - 236206 Kaspar Silberling, Tischler, geb. 16. 10. 75 zu Blankenese.
 - 333618 Karl Seiffert, Tischler, geb. 12. 11. 86 zu Hossen.
 - 378508 Johann Neuter, Tischler, geb. 2. 10. 88 zu Cug. haben.
 - 434449 Eduard Eibe, Partekleber, geb. 15. 2. 55 zu Königsberg.
 - 437348 Hugo Darm, Drechsler, geb. 25. 3. 83 zu Lindensfeld.
 - 438470 Emil Korb, Eisenarbeiter, geb. 2. 9. 88 zu Waltershausen.
 - 458945 Rudolf Röhdol, Polsterer, geb. 26. 2. 85 zu Geringwald.
 - 460983 Johann Erdmann, Knapfmacher, geb. 24. 6. 75 zu Melbra.
 - 485164 Hierig Suhr, Schiffszimmerer, geb. 27. 4. 92 zu Weßelmünde.
 - 488542 Robert Rintler, Tischler, geb. 25. 1. 91 zu Berlin.
 - 489200 Agnes Meißling, Klavierarbeiterin, geb. 15. 9. 92 zu Berlin.
 - 409640 Otto Bedmann, Modellfischer, geb. 18. 1. 81 zu Spikberg.

Berlin C., Neue Friedrichstraße 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Wergolder.) Die am 25. Juli stattgefundene Quartalsversammlung der Wergolder Zeitung, zu welcher auch der Gehilfenausschuß geladen und erschienen war, befaßte sich u. a. mit den neuen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, welche von der Handwerkskammer erlassen und worüber zusammen mit dem Gehilfenausschuß abgestimmt werden mußte, sowie mit einem Antrag des Gehilfenausschusses auf Zuziehung auch zur praktischen Prüfung der Lehrlinge in den Werkstätten. Diese Zuziehung des Gehilfenausschusses auch zur praktischen Prüfung der Lehrlinge wurde seitens des Vorstandes der Handwerkskammer als notwendig anerkannt, jedoch wurde es den einzelnen Innungen überlassen, dies mit ihren Gesellenausschüssen zu regeln. Der Vorsitzende des Gehilfenausschusses begründete in längerer Ausführung

die ablehnende Stellung des Gehilfenausschusses zu den Vorschlägen. Im besonderen wandte er sich gegen den § 9, in welchem es sich um Erteilung des väterlichen Richtigkeitsrechtes an den Lehrmeister handelt, welches ja bekanntlich von gewissenlosen Meistern öfters überschritten wird und deshalb vom erzieherischen und humanen Standpunkt entschieden zu verwerfen ist. Ferner wird in diesem § 9 den Lehrlingen verboten, sich an Vereinen irgendwelcher Art zu beteiligen und Versammlungen zu besuchen. Eine Vorschrift, welche in der heutigen Zeit nicht mehr haltbar ist und nach Auffassung des Gehilfenausschusses ebenfalls entschieden bekämpft werden muß. Nach diesen Ausführungen des Ausschusses entspann sich eine lebhafte Diskussion, in welcher von den Meistern der Standpunkt vertreten wurde, daß auf den Vorschlägen nicht eingetreten werden dürfe. Bei der Abstimmung wurden die neuen Vorschriften mit allen gegen die Stimmen des Gehilfenausschusses angenommen. Der weitere Antrag des Gehilfenausschusses um Zulassung auch zur praktischen Prüfung der Lehrlinge wurde ebenfalls vom Ausschusse eingehend begründet und auf den Beschluß des Vorstandes der Handwerkskammer hingewiesen. Auch hier entspann sich eine lebhafte Diskussion, da die Meister in diesem Antrag ein Misstrauensvotum erblieben, was sie nicht verdient hätten. Sie hoben hervor, daß kein ehrbarer Meister die Prüfungsarbeit eines Lehrlings als solche ausgeben würde, wenn der Lehrling dieselbe nicht vollständig selbstständig gemacht habe. Dem Gehilfenausschuß sei es nur darum zu tun, in die Werkstätten hineinzukommen und Anschlag zu suchen. Es wurde ihnen hierauf vom Ausschusse erwidert, daß der Gehilfenausschuß die Ehrbarkeit der Meister nicht im geringsten beanstandet und daß es ganz verkehrte Auffassung sei, wenn der Antrag seitens der Meister anders ausgelegt würde; ganz entschieden aber müsse sich der Gehilfenausschuß dagegen verwahren, aus anderen Motiven als die, welche im Interesse des Lehrlings und des Gewerbes liegen, diesen Antrag eingebracht zu haben. Es sei nur logisch, daß der Prüfungsausschuß nicht nur das Recht habe, der theoretischen Prüfung beizuwohnen und fertige Arbeit zu sehen, sondern den Lehrling auch selbst bei der Arbeit zu kontrollieren und die näheren Umstände zu sehen, unter welcher der Lehrling die Arbeit mache. Nachdem noch einige Meister zu dieser Sache gesprochen, wobei sich nur ein Meister für den Antrag erklärte, wurde derselbe gegen eine Stimme abgelehnt.

Deutsch-Neudorf. In der am 18. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung konnte erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß wir in unserer Jugend, erst seit dem 6. Juni dieses Jahres bestehenden Zahlstelle das hundertste Mitglied eingetragen haben. Obgleich wir gerade hier mit den größten Schwierigkeiten, wie Lokalabtreibererei, Maßregelungen usw. zu kämpfen haben, ist es uns doch gelungen, einen Betrieb bis auf vier Mann und in einem zweiten die größere Hälfte zu organisieren. Besondere Schwierigkeiten verursacht uns hauptsächlich ein Betrieb, in dem ein großer Prozentsatz Ausländer (Oesterreicher) beschäftigt ist. Ueberhaupt erschwert uns die Grenze die Agitation sehr, da sehr viel hier Beschäftigte in Wägen wohnen. Von dem ausländischen österreichischen Gan wird leider, trotz mehrfacher Aufmunterung, nichts getan, um uns zu unterstützen. Es würde eine Zahlstelle auf österreichischer Seite die Agitation wesentlich erleichtern, doch können wir in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse mit den bisherigen Erfolgen zufrieden sein. Wenn so wie bisher weiter in der Agitation fortgefahren wird und uns jeder einzelne Kollege unterstützt, so werden wir auch hier daran denken können, unsere wirtschaftliche Lage, die ja besonders miserabel ist, zu heben. Zurzeit sind ungefähr 85 Proz. aller Beschäftigten organisiert.

Dresden. Zu den Zahlstellen, die entsprechend dem Beschlusse des Verbandstages in München den vollen Beitrag von 60 Pf. an die Hauptkasse abführen, ist nun auch Dresden gekommen. Die hiesige Zahlstelle beschloß in der am 27. Juli stattgefundenen vierjährigen Hauptversammlung, vom 1. Juli 1910 ab 60 Pf. pro Beitrag an die Hauptkasse abzuführen.

Oberswalde. (Stadtarbeiter.) In der Berliner Stadtfabrikation hat sich die Firma Pohl den Ruf der Schleuderfirma erworben. Mit welchen Mitteln sie es erreicht, zu schleudern mit der Ware und dennoch Profit zu machen, soll hier kurz erörtert werden. Der Hauptbetrieb befindet sich in Berlin. Seit zwei Jahren hat der Verband keinen Einfluß auf die Lohnverhältnisse, weil seit der Aussperrung von 1908 nur Unorganisierte dort eingestellt wurden. Die Löhne sind selbstverständlich bedeutend niedriger wie in den anderen Betrieben Berlins. Daß das Produkt unter diesen Verhältnissen ein minderwertiges ist, kann man sich denken. Dann hat die Firma vor Jahren in Oberwalde einen Filialbetrieb eröffnet, in dem zurzeit 40 Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Zunächst wurden nur Tonkin- und Pfefferrohr fabriziert, aber jetzt ist das Hauptprodukt, das gefertigt wird, Manila-Spagierstöße sowie Schirmstöße und -Griffe. Schon für die Tonkarbeit waren die Löhne 25 bis 60 Proz. niedriger wie in Berlin, aber für die Manilaarbeit ist der Lohn vielfach nur ein Drittel des in Berlin üblichen. Es hielt schwer, dieses Verhältnis festzustellen, denn den Verband und seine Vertreter fürchtete Herr Pohl wie den Teufel. Welche Tricks angewendet werden, um jede Verbindung unmöglich zu machen, kann man aus folgendem Beispiel erkennen. Als eine Werkstatte anberaumt wurde und der Vertreter in Oberwalde dahinter kam, ließ er flugs mittags Feierabend machen, opferte 10 Mk. auf dem Marx der Arbeiterwohlfahrt, und hinaus ging es mit gefüllten Flaschen nach dem Stadtfsee zum Baden. Aber neben den schlechten Löhnen bestehen alle jene Ausbeutungspraktiken, die in organisierten Betrieben längst beseitigt sind. So müssen die Wiegler neben den Brennern auch noch die Schläuche stellen. Auch für Gas ist schon Entschädigung verlangt worden. Die Werkstatter müssen Bohrer und anderes Werkzeug selbst stellen. Daß die Polierer die Politure selbst stellen resp. den Beitrag abgezogen bekommen, sei nur nebenbei erwähnt. Bei Wochenverdiensten von 20 bis 24 Mk. beträgt der Abzug 3 bis 4 Mk., so daß bei eingeübten Polierern Wochenlöhne von 16 bis 20 Mk., selten darüber erzielt werden. Das „Fabrikgebäude“ ist ein aus einem früheren Schuppen und Pferdestall umgebautes Ge-

bäude. Würdig dem Unternehmer zur Seite steht seit einiger Zeit der allen Berliner Stadtarbeitern unvergeßliche ehemalige Unternehmer Herr Mann. Nebenfalls will er durch das jetzt eingeführte Lohnrudersystem so viel herausholen, daß er seine Andenken bei der Ortskrankenkasse der Drechsler, seinen circa zwanzig mit betrieblen Gesichtern sich seiner erinnernden Arbeitern und der Alters- und Invaliditätsversicherungsausschuß folgen kann. Uns wurde mitgeteilt, daß Löhne bis zu 12 Mk. herunter keine Seltenheit sind. Der Durchschnittsverdienst wird auf 17 bis 18 Mk. im günstigsten Fall geschätzt. Arbeitszeit selbstverständlich zehn Stunden, oft gewürzt durch Ueberstunden. Wird bei Ueberstunden ein etwas höherer Verdienst erzielt, ist auch das wieder ein Grund, Abzüge zu betreiben. Kollegen! Solche Verhältnisse sind nur möglich, weil ihr als einzelne dem Unternehmer gegenübersteht, darum erinnert Euch Eurer Organisation, und auch für Euch werden menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden.

Hamburg. (Vergolder.) Zu der am 28. Juli abgehaltenen Versammlung waren die im Fabrikarbeiterverband organisierten Kollegen eingeladen. Nach längerer Diskussion erklärte sich ein Teil von ihnen zum Uebertritt bereit. Im Betrieb von Kröger in Ottenfen nimmt das Uulernen von Jugendlichen überhand. Obwohl nur wenige Leute beschäftigt sind, ist das Zwischenmeisterstystem eingeführt. Auch werden infolge der schlechten Löhne viele Ueberstunden gemacht. Leider stehen die Kollegen der Organisation fern. Ueber den Streit bei Mehrberg u. Co. wurde berichtet, daß die Lage unverändert ist. Der Firma war es gelungen, zwei hiesige Verfilberer zu ergattern, die aber nach eintägiger Beschäftigung wieder herausgeholt wurden. Die Inzertate der Firma nach Arbeitswilligen hatten noch keinen Erfolg. Von Berlin sind zwar gründliche Leisten angekommen, da aber der Betrieb leer steht, wird die Streitarbeit der Berliner Grundrieger der Firma nicht viel nützen.

Angulstadt. Am 24. Juli fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche jedoch, wie überhaupt die letzten Versammlungen, recht schlecht besucht war. Woran liegt das? Einige Kollegen sind der Ansicht, das Lokal sei zu unfreundlich, andere sagen: In die Versammlung gehe ich nicht, man bekommt doch nur Quatsch zu hören. Ob sich letztere auch bewußt sind, welche schweren Vorwurf sie damit gegen Kollegen erheben, die das ganze Jahr über sich redlich Mühe geben, die Versammlungen so interessant wie möglich zu gestalten und überhaupt ihre ganze freie Zeit der Arbeiterbewegung widmen? Die Kollegen sollen doch in die Versammlung kommen und dort Mißstände, die da und dort herrschen, vorbringen, dann werden die Besprechungen vielleicht auch für sie interessanter. Aber da wird lieber an den Wertischen rätorniert. Es heißt allgemein, die Beiträge werden immer höher und doch geschieht nichts. Doch hier liegt die Schuld ebenfalls wieder an den Kollegen, weshalb sie hiermit ermahnt seien, unermülich mitzuarbeiten an der Ausbreitung und Festigung der Organisation, denn noch sind nicht alle Kollegen am Platze organisiert und nur alle zusammen können wir etwas erreichen. Es muß tatsächlich etwas geschehen, weil es unbedingt notwendig ist, das hat die Statistik gezeigt, die vor vierzehn Tagen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte aufgenommen wurde. Es ist geradezu unglücklich, daß am hiesigen Orte noch Löhne von 2,80, 2,80 und 3 Mk. vorhanden sind, obwohl die Lebensmittelpreise denen in München um nichts nachstehen. Die Arbeitszeit am Orte beträgt 1/2 Stunden; in einer Werkstätte 10 Stunden. Auch hier muß etwas geschehen, und zwar durch einheitliche Regelung der Arbeitszeit. Der Lohn wird in Tagelohn bezahlt, mit Ausnahme der einen Werkstätte mit zehnstündiger Arbeitszeit, welche Stundenlohn bezahlt. Eine Besserung der Verhältnisse kann aber nur erfolgen, wenn alle Kollegen an dem Ausbau der Organisation tätig sind durch eifrige Agitation. Von 35 am Orte beschäftigten Gehilfen gehören 20 unserem Verbands an, 9 den Christlichen und 6 Kollegen sind noch indifferent. Sorge daher jeder Kollege dafür, diese uns noch fernstehenden Kollegen unseren Reihen zuzuführen. Nur dann kann etwas erreicht werden, wenn jeder Kollege über unsere Ziele und Bestrebungen voll und ganz aufgeklärt ist. Hierzu ist fleißiger Versammlungsbesuch erforderlich, nicht aber unangebrachtes Märgeln und Schimpfen am Wertisch, wodurch bekanntlich noch nichts erreicht wurde, als höchstens Uneinigkeit. In der nächsten Versammlung wird Kollege Rath-München ein Referat erstatten. Früher konnte uns der Gauvorsteher sagen, daß wir eine der besten Zahlstellen des Gaues sind. Das trifft heute nicht mehr zu. Aber es muß wieder besser werden. Darum auf, Kollegen, zu frischer Arbeit und neuem Leben!

Lauingen a. Donau. Die Notwendigkeit der Organisation scheint die Firma Schweichlers Söhne den Schreinergehilfen ad oculos demonstrieren zu wollen. Sechs Schreiner sahen sich veranlaßt, eine kleine Lohnforderung zu stellen. Sie wurden beim Meister deshalb vorstellig, bekamen aber die harsche Antwort, daß dies gänzlich ausgeschlossen sei. Nach dieser Zurückweisung wurden sie in das Bureau bestellt; vor diesem stand ein Schreiber, der jeden Mann einzeln eintreten ließ und hinter ihm gleichzeitig wieder den Nadel vor der Türre zuschloß. In ihrem Erstaunen sahen die Gehilfen, daß neben dem Buchhalter ein Gendarm postiert war, der mit der freundlichsten Amtsmiene den Betrieb vor der drohenden Revolution sicherte, obwohl die Arbeiter sich sehr ruhig und anständig benommen hatten. Die verdächtigten Schreiner wollten es nicht glauben, daß man bei den heutigen Lebensmittelpreisen und bei Löhnen von 34-37 Pf. die Stunde noch Lohnforderungen von 2-3 Pf. die Stunde so brutal abweisen könne. Nun, für uns organisierte Arbeiter ist dies nichts so Sonderbares, denn die Lauinger Holzarbeiter hatten bis heute den Weg zum Verbands nicht gefunden, obwohl dieser wiederholt Versuche machte, die Leute aufzuklären. In einer im Januar einberufenen Versammlung waren ganze 3 Mann erschienen, denn man glaubte noch immer an das Entgegenkommen der Herren Meister. Diese Illusion ist den Indifferenten nun recht gründlich zerstört worden; hoffentlich finden sie jetzt den Weg zur Organisation, denn nur durch diese ist eine ernstliche Besserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses möglich.

Neu-Ulm. (Vergolder.) In der am 25. Juni abgehaltenen öffentlichen Branchenversammlung, in welcher Kollege Oehleri-Berlin über das Thema: „Wo sind unsere Interessen am besten gewahrt?“ referierte, waren sämtliche Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. In der Diskussion wurde auch die brennende Frage der Branchenkonzernierung kurz erörtert und dabei der nachdrücklichste Wunsch ausgesprochen, daß eine solche bald zustande kommen möge. Die Kollegen gaben sich mit der Erklärung des Referenten zufrieden, daß dieser akute Punkt noch heuer seine Erledigung finde, da auch die übrigen Sektionen der Vergolder mit Nachdruck an einer solchen Tagung festhalten. Leider muß nochmals an dieser Stelle dem Wunsch nach regerer Versammlungsbesuch Ausdruck gegeben werden. Massenbewusstsein und kluge Taktik sollte es gerade den älteren Kollegen zur Pflicht machen, den jüngeren in diesem Punkte ein Vorbild zu sein. Beim Arbeitswechsel eruchen wir alle Kollegen, den hiesigen Arbeitsnachweis zu benutzen. Derselbe befindet sich bei Friedr. Häfner, Augsburger Straße 31 11.

Pasing. (Vergolder.) Die Gold- und Politurefabrik Pasing scheint ihre besten Leute wegzeln zu wollen, um willfähige Leute an ihre Stelle zu setzen. Zurzeit ist allerdings der Geschäftsgang flau, immerhin möchten wir schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß auswärtige Kollegen gut tun, auf etwa auftauchende Inzertate der Firma nicht ohne weiteres zu reagieren, sondern sich zunächst bei unserem Arbeitsnachweis bei Gastwirt Franz Wuhwanger, Münchenerstraße, Auskunft zu holen. Die Arbeitszeit beträgt 1/2 Stunde. Die Firma zahlt für gelehrte Arbeiter bis unter 3 Mk. 8 Mann erhalten über 4,50 Mk. Lohn, die 21 anderen unter 4,60 Mk. Insbesondere empfehlen wir den in Arbeit tretenden Kollegen, mit ihren Lohnforderungen nicht zu beschneiden zu sein.

Beih. In unserer Mitgliederversammlung vom 9. Juli erkrankte Kollege Schneider Bericht vom Verbandstag. Die Diskussion hierüber wurde vertagt und fand in der Versammlung vom 23. Juli statt. Sehr scharf wendete sich ein großer Teil der Meiner gegen die Art und Weise, wie die Vorlage betreffs Regelung der Beamtengehälter behandelt worden ist. Einmütig sind die Beih Holzarbeiter der Meinung, daß diese Vorlage genau wie andere Anträge vorher in der „Holzarbeiterzeitung“ zur Diskussion gestellt werden mußte. So wie es jetzt gehandhabt worden ist, sieht die Geschichte einer Ueberumpelung der Delegierten sehr ähnlich. Die Ausführungen, die Kollege Neumann-Hamburg auf dem Verbandstag über Maßregelungen gemacht hat, erwecken ebenfalls heftigen Widerspruch. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution kam gegen vier Stimmen zur Annahme.

Dornbirn in Vorarlberg. Um die deutschen Kollegen vor Enttäuschungen zu bewahren, möchten wir ihnen empfehlen, in einem möglichst großen Bogen um Dornbirn herumzugehen. Die Arbeitszeit beträgt hier noch zehn bis elf Stunden, und obwohl die Lebenshaltung sehr teuer ist, beträgt der Lohn nur 3,20 bis 5 Kronen, wobei dieser höchste Lohn nur von einigen wenigen Glückspilzen erreicht wird. Dementsprechend ist die Lebenshaltung. Das wichtigste Nahrungsmittel, für viele Arbeiterfamilien fast das einzige, ist Mübel und Kaffee. Für diejenigen Kollegen, die von Mübel noch nichts gehört haben, sei bemerkt, daß dieses ledere Mahl aus einem Gemisch von grob gemahlenem Mais und Wasser hergestellt wird, welches man leicht und schließlich mit Margarine übergießt. Daß bei einer solchen Lebensweise die Arbeiter nicht zu Kräften kommen können, ist erklärlich. Dabei vernachlässigen die Kollegen ihre Organisation, so daß es schwer hält, Verbesserungen durchzuführen. Die deutschen Kollegen können uns in unserem Streben unterstützen, indem sie Dornbirn streng meiden.

Unsere Lohnbewegung.

Zur Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften wird in der Presse mitgeteilt, daß der Verein der Deutschen Seeschiffswerften am 26. Juli eine Versammlung abgehalten hat, in der über die von den Arbeitervereinigungen gestellten Forderungen beraten wurde. Es zeigte sich, daß keine Geneigtheit zu einer Bewilligung vorhanden war. Jedoch soll den Arbeitern auf Wunsch eine Besprechung gewährt werden, in der die ablehnende Haltung der Werften außer den in einem Antwortschreiben angegebenen Gründen noch näher erläutert werden soll. Mit der ablehnenden Haltung der Werftbesitzer hat sich eine am 31. Juli in Hamburg abgehaltene Konferenz der Arbeitervertreter aus den Werftorten beschäftigt. Hier wurde beschlossen, den Hamburger Werftbesitzern die Forderungen nunmehr sofort zu überreichen. Am 3. August findet eine Versammlung der Hamburger Werftarbeiter statt, um zu der sich aus der Antwort der Unternehmer ergebenden Situation Stellung zu nehmen. Nach Lage der Dinge muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß wir unmittelbar vor dem Ausbruch eines folgenschweren Konflikts auf den Seeschiffswerften stehen.

In Ammendorf b. Halle a. S. dauert der Streit in der Waggonfabrik von Gollfr. Lindner unabändert fort. Die gewerkschaftlichen Streikbrecheragenten der Firma versuchen immer noch, in allen Teilen des Reiches Streikbrecher für die Firma anzuwerben. Bis jetzt haben sie noch keinen großen Erfolg damit erzielt. In der letzten Zeit operieren diese Seelenverkäufer damit, daß sie erlösen; der Streit sei beendet. Auch die Firma versucht in einzelnen Schreiben, die uns zugesandt wurden, den Anschein zu erwecken, als ob der Streit der Holzarbeiter erledigt sei. Wir eruchen, auf Inzertate in der bürgerlichen Presse und auf Agenten streng Obacht zu geben und den Zugzug von Tischlern, Stellmachern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten.

In Bautzen befinden sich die Tischler in einer allgemeinen Lohnbewegung. Mit der Innung und den sonstigen Kleinmeistern stehen Verhandlungen vor dem Abschluß. In der Möbelfabrik G. Schmidt u. Sohn ist eine Einigung zurzeit noch recht fraglich. Die Kollegen stehen im Kündigungsverhältnis und bitten wir alle reisenden Kollegen, dies beachten zu wollen.

In Bremerhaven ist der Abwehrestreit unserer Kollegen bei der Firma Kuyter mit Erfolg beendet. Die

Firma nimmt von ihrem Vorhaben, die Affordarbeit ein- zuführen, Abstand und erklärt sich zugleich zu der Zahlung des bisherigen Stundenlohnes von 60 Pf. bereit.

In Dalmie (Markt) sind die Kollegen in den Streit angezogen. Die Unterhandlung mit der Innung führte zu keinem Resultat. Die Meister erklärten, daß die Offizianten Arbeitszeit bei 80 Pf. Stundenlohn genügen würde für die hiesigen Tischlergesellen. Zu August-Ende wollten sie sich nicht bequemen. Es wird abzuwarten sein, wie lange sie auf diesem Standpunkt stehen wollen. Zugang ist fernzuhalten.

In Dessau besteht der Streit der Tischler unverändert fort. Die Unternehmer sind der Meinung, 8 Pf. Zulage auf 4 Jahre verteilt sind bei dem geringeren Lohn hier unbillig, insbesondere lehnen sie auch eine Verkürzung der Arbeitszeit ab. Sie bemühen sich nun sehr, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen. Zugang ist deshalb nach wie vor streng fernzuhalten.

In Dresden ist die Lohnbewegung bei der Korb- mähelabrik Reimann zugunsten unserer Kollegen beendet. Erreicht wurde Verkürzung der Arbeitszeit von 24 auf 58 Stunden, Einführung von Lohnarbeit für be- sonders schlechtbezahlte Sparten, die Stundenlöhne werden allgemein um 3 Pf. erhöht, für Extra- und Maharbeit itafschweise bis zum August 1912 bis zu 8 Pf. erhöht. Der Mindestlohn soll statt bisher 45 Pf., in Zukunft 50 Pf. betragen. Für Heberstunden sollen 15 Pf., für Sonntags- arbeit 30 Pf. Zuschlag pro Stunde extra bezahlt werden.

In Friedland (Mecklenburg) haben unsere Kollegen nach einer Streikdauer von sieben Wochen einen guten Erfolg zu verzeichnen. Es kam zum Abschluß eines Ver- trages bis zum 1. Juni 1914. Erreicht wurde sofort eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und am 1. Juni 1912 eine weitere Stunde. Lohnerhöhung wurde bewilligt sofort 3 Pf., am 1. Juni 1912 weitere 2 Pf. und am 1. Juni 1913 nochmals 2 Pf.

In Glickstadt ist es in der Korbmacherei von J. Kuhlke zu Differenzen gekommen. Da der Unter- nehmer sich nicht dazu bewegen ließ, die schlechten Löhne aufzubessern, hörten zwei Kollegen auf, von welchen der eine in der Nachbarschaft als Fabrikarbeiter in Arbeit trat. Er wurde aber sehr bald auf Verreiben des Herrn Kuhlke wieder entlassen. Dieser entließ bei der Gelegen- heit auch den dritten ihm geliebten Kollegen und will sich mit seinen zwei Behrungen behelfen. Dazu arbeitet noch ein Blinder bei ihm, der hier seine Ferien verbringt. Einen Versuch, zu vermitteln, lehnte Herr Kuhlke brüsk ab, weil ihm der Verband ein Dorn im Auge ist. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten.

In Greiz haben die Bau- und Möbeltischler die Kündigung eingereicht, da die Arbeitgeber erklärten, auf unsere Forderungen nicht eingehen zu können, weil wir es nicht für nötig gehalten hätten, den am 24. September 1906 abgeschlossenen Vertrag zu kündigen. Tatsächlich besteht kein Vertrag, da der 1906 abgeschlossene unfer- reits für ungültig erklärt wurde, weil die Arbeitgeber ohne unsere Zustimmung Änderungen in demselben vor- genommen hatten. An dessen Stelle wurden dann nur mit einzelnen Meistern Vereinbarungen getroffen. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

In Großenhain ist die Lohnbewegung bei der Firma Kirchner, welche gemeinschaftlich mit dem Hirsch-Dunder- jchen Gewerkeverein geführt wurde, zugunsten der Kollegen beigelegt. Nach dem Konkurs der Firma Kirchner, welcher Ende des Jahres 1908 ausbrach, sind die Löhne der Tischler und Maschinenarbeiter bedeutend herabgesetzt worden. Anfang vorigen Jahres kam der Betrieb wieder in Gang. Die Einstellung der Arbeiter ging sehr langsam vor sich. Infolge der langen Arbeitslosigkeit und des allgemeinen schlechten Geschäftsganges haben sich die Kollegen ver- anlaßt, die Arbeit für einen niedrigen Lohn aufzunehmen. Vor dem Konkurs betrug der Stundenlohn 40 Pf., nach diesem nur noch 35 Pf. Auch der bestehende Tarif war um 20 Proz. reduziert worden. Nunmehr wurde erreicht für Tischler 6 Pf., für Maschinenarbeiter 4 Pf. innerhalb 3 Jahren und Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde. Da die Kollegen in einem anderen Betriebe auch Forde- rungen stellen, bitten wir, unseren Ort nicht zu über- laufen.

In den Kreisen Hagen und Schwelm ist die Aus- sperrung der Metallarbeiter beendet. Die Arbeiter sind alle wieder eingestellt. Die Arbeitsauf- nahme erfolgte nach langwierigen Verhandlungen mit dem Resultat, daß der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber- vereins eingeführt wird. Die Prüfung von Bewerbern über den Nachweis geschieht aber nicht durch den Vor- stand des Arbeitgebervereins, sondern durch einen vom Regierungspräsidenten zu ernennenden Beamten als Vorsitzenden und zwei Arbeitgebern. Dieser Vorsitzende ist das einzige Zugeständnis des Arbeitgebervereins. An dieser Aussperrung waren, wie schon berichtet, in mehreren Orten auch Kollegen von unserer Organisation beteiligt, vor allem von der Waggonfabrik in Hagen. Die Kollegen dieses Betriebes hatten an die Arbeitsaufnahme die Bedingung geknüpft, daß erst die schlimmsten Miß- stände dort beseitigt werden sollten. Wie in anderen Waggonfabriken besteht auch hier das Kolonnen-system. Daß aber die Arbeiter gar nicht wissen, welcher Preis für die Arbeit gezahlt wird, dürfte nicht überall anzu- treffen sein. Daß bei solchem System oder, besser gesagt, solcher Unordnung der Willkür der Vorgesetzten Tür und Tor geöffnet ist, liegt auf der Hand. Diesen Zuständen ist nun abzuhelfen, wie auch den Arbeitern jetzt die Afford- preise mitgeteilt werden, so daß sie selbst wissen, was sie verdienen. Die Kollegen sind mit diesem kleinen Erfolg verlaufung zufrieden; sie sind sich aber bewußt, daß noch manches zu bessern ist, ehe von einigermaßen annehm- baren Verhältnissen gesprochen werden kann. Die Aus- sperrung hat ein festes Band um die Kollegen geschlungen, jaß bis auf den letzten Mann sind sie jetzt organisiert und damit ist die Vorbedingung geschaffen zu weiteren Erfolgen. Wie in der Waggonfabrik, so ist auch in anderen Betrieben, die an der Aussperrung beteiligt waren, die Organisation bedeutend gehärtet aus dem Kampf hervor- gegangen. Auch in nichtbeteiligten Betrieben sind den Kol- legen die Augen geöffnet. Der Arbeitgeberverein war ein

vorgüthlicher Bundesgenosse zur Organisation der Holz- arbeiter.

In Hamburg haben die Differenzen mit der Firma Steinway u. Sons wegen des Arbeitsnachweises einen größeren Umfang angenommen. Wir haben über die Differenzen bereits wiederholt berichtet, zuletzt in unserer Nr. 24. Weil sich die Hamburger Holzindustriellen hart- nädig weigern, der Errichtung eines paritätischen Arbeits- nachweises ihre Zustimmung zu geben, ist ihr einseitiger Nachweis von unseren Kollegen gesperrt, und diese Sperre wird energisch durchgeführt. Das Ziel dieses Kampfes ist so klar, daß jeder Arbeiter es begreifen könnte. Tatsäch- lich hat sich auch die Zahlstelle des christlichen Ver- bandes unserem Vorhaben durchaus angeschlossen. Die Mitglieder des christlichen Verbandes werden auf dem Nachweis unseres Verbandes wie unsere eigenen Mit- glieder vermittelt, und es haben sich dabei noch keine Miß- belligkeiten ergeben. Anders die Hirsche. Deren Führer Dehke hielt den Kampf um den Arbeitsnachweis für eine günstige Gelegenheit, seinem Organisationsden durch einen günstigen Vertrag auf die Seite zu helfen. Die Hirsche hatten bisher in Hamburg keinen Nachweis. Als der Kampf begann, richtete der Dehke in seiner Wohnung einen Hirsch-Dunderjchen Arbeitsnachweis ein. Bei der Abneigung der Unternehmer gegen den Holzarbeiterver- band hoffte er, auf jener Seite Unterstützung zu finden. Die alte Hirsch-Dunderjche Vertreteraktive Tatsächlich er- hielt Dehke auch von der Firma Steinway u. Sons, bei der er in Arbeit stand, den Auftrag, die Arbeiter zu be- sorgen als Ersatz für die Kollegen, die auf unsere Ver- anlassung aufgehört hatten, weil sie nicht durch unseren Nachweis vermittelt worden waren. Die aus dem Anlaß entstandenen Differenzen wurden, wie wir in Nr. 24 mit- geteilt haben, durch das Eingreifen der Schlichtungs- kommission beigelegt, nachdem erklärt worden war, daß die fraglichen Hirsche ihre Entlassung genommen hätten. Der Friede war jedoch nicht von langer Dauer. Die Firma, die stets betonte, daß sie ihren Betrieb vergrößern wolle, ignorierte nach wie vor unseren Nachweis und bediente sich des Dehke zur Versorgung von Arbeitskräften. Statt die in dem Uebereinkommen versprochene räumliche Trennung der Andersorganisierten von den Verbandsmit- gliedern durchzuführen, wurde unseren Kollegen zu- gemutet, die durch den Dehke besorgten Hirsche an- zuzulernen. Diese Zumutung wurde von jedem ein- zelnen, dem sie gemacht wurde, zurückgewiesen. Es war auch ein zu starkes Stück, von den Kollegen zu verlangen, die Leute anzulernen, die sie von ihrem Platz verdrängen sollten. Statt daß aber die Firma, dem erwähnten Ueber- einkommen entsprechend, die Schlichtungskommission an- gerufen hätte, entließ sie die betreffenden Arbeiter. Das war am 16. Juni. Die alsdann angerufenen Obmänner der Schlichtungskommission konnten eine Verständigung nicht erzielen, da der Arbeitervertreter sich nicht dazu ver- stehen konnte, die gemahregelten Kollegen zu veranlassen, die Hirsche anzulernen. Eine spätere Sitzung der Schlich- tungskommission verlief ebenfalls ergebnislos, da die Ar- beitervertreter nicht in genügender Anzahl erschienen waren. Am 20. Juni wurde auf Antrag der Arbeiterver- treter beschloffen, eine Gesamt-Schlichtungskommission- sitzung abzuhalten. Diese konnte aber noch nicht statt- finden, da der zur Leitung in Aussicht genommene Ge- werbevereinsvorsitzende erst am 15. August aus den Ferien zurückkehrt. Inzwischen sandte die Firma am 16. Juli allen Arbeitern ein Schreiben in die Wohnung, mit der Aufforderung, einen Nevers zu unterschreiben, durch welchen sie sich verpflichten, auf Verlangen der Betriebs- leitung Leute anzulernen. Für den Fall, daß die Unter- schrift verweigert wird, sollten die Lohnarbeiter am 20. Juli, die Affordarbeiter nach Fertigstellung ihres Affords entlassen werden. Rund 300 Arbeiter verweigerten die Unterschrift. Jetzt sucht die Firma durch Inserate in den Zeitungen Arbeitswillige, und die Hirsche geben sich große Mühe, ihr solche anzukreiden. Zurzeit sind etwa 60 Hirsche und eine Anzahl durch die Inserate aufgetriebene Indifferente im Betrieb. Wie die Firma mit diesem Arbeitermaterial ihren Ruf zu wahren gedenkt, soll ihre Sache sein. Bisher wurde an die Qualität der Arbeit die höchsten Anfor- derungen gestellt. Die Arbeiten, die jetzt hergestellt werden, dürften nicht dazu beitragen, das Renommee der Firma zu heben. Die Hirsche können sich nun rühmen, wieder ein- mal ein Verräterstückchen vollbracht zu haben; sie werden aber die Früchte ihres Verrats nicht genießen. Zur Ver- schönerung ihres Verrats erzählen die Hirsche, der Kampf unseres Verbandes richte sich gegen ihren Gewerkeverein. Der Gang der Dinge zeigt aber auf das deutlichste, daß es sich für uns nur um die Erringung des paritätischen Arbeitsnachweises zu tun ist. In diesem Kampfe haben die Hirsche die Partei der Unter- nehmer ergriffen und die Folgen, die ihnen aus diesem Verrat erwachsen, haben sie sich selbst zuzu- schreiben.

Der Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis, der sich auf die Städte Hamburg, Altona, Wand- sbet, Schiffbet und Wilhelmsburg erstreckt, hat neuerdings eine bedeutungsvolle Wendung angenommen. Die Unternehmer haben die Gerichte zu Hilfe gerufen. Der Arbeitgeber-Schutzverband von Hamburg und den Nachbarstädten hat gegen den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes und gegen die Ham- burger Zahlstelle eine Klage beim Hamburger Landgericht eingereicht, weil sie durch die Sperrung des Arbeitsnach- weises der Tischlerinnung Vertragsbruch begangen haben sollen. Was es mit diesem angeblichen Vertragsbruch auf sich hat, geht am besten aus dem nachstehenden Auszug aus dem vom Vorsitzenden der Schlichtungskommission, dem Tischlermeister W. Wolfstromm unterschriebenen Protokoll dieser Kommission vom 22. Februar 1909 hervor. In diesem Protokoll heißt es:

„Die Arbeitgeber erklären, daß beide Kontrahenten des Tarifabschlusses übereinstimmend er- klärt haben, der Arbeitsnachweis sei nicht ein Teil des Vertrages. Eine Nichtbenutzung des Ar- beitsnachweises der Arbeitnehmer durch

die Arbeitgeber und umgekehrt könne niemals als eine Verletzung des Ver- trages ausgelegt werden.“

Wir können also dem Ausgang dieses Prozesses mit Ruhe entgegensehen. Bis jetzt haben die Unternehmer durch die Einreichung ihrer Klage nichts weiter erreicht, als eine tiefgehende Verbitterung in den Reihen unserer Kollegen auszulösen. Etwa 1000 Kollegen haben ihre Entlassung genommen, um wegen die Handlungsweise der Unternehmer zu protestieren. Die Kollegen im Reich werden wissen, was sie angeht dieser Sachlage zu tun haben. Für alle Fälle ist der Arbeits- nachweis der Tischlerinnung streng zu meiden und nur der Arbeitsnachweis des Verbandes im Gewerkschaftshaus zu benutzen. Das Umschauen ist strengstens verboten. Am besten tun die Kollegen, wenn sie bis zur befriedigenden Beilegung der Differenzen dem Gebiet der Hamburger Zahlstelle fernbleiben.

In Kassel befinden sich in der Zehlfabrik (Abteilung II für moderne Fahrzeuge, früher Firma H. Brink) die Stellmacher und Tischler im Zustand. Die che- matische Wagen- und Turmgerätfabrik von H. Brink jr. ist seit kurzem mit der Zehlfabrik verbunden. Während in der Zehlfabrik die Stundenlöhne auf 48 Pf. stehen, wollte Herr Brink für seine Abteilung II noch die von ihm bis- her bezahlten Stundenlöhne von 34 bis 42 Pf. weiter beibe- halten. Es fanden dann mehrere Verhandlungen statt und wurde endlich vereinbart, daß die verheirateten Stellmacher 48 Pf., die ledigen 40 Pf. erhalten sollten. Bei der nächsten Lohnzahlung jedoch zog Brink einfach 3 Pf. die Stunde wieder ab. Die Kollegen, die hierauf vorstellig wurden, kamen aber bei Brink schlecht an, er spielte plötzlich den starken Mann und entließ ohne weiteres die sämtlichen Stellmacher. Die vier Tischler erklärten sich dann mit den auf diese Weise ausgesperrten Stellmachern solidarisch und legten die Arbeit nieder. Wie uns mitgeteilt wird, sucht die Firma jetzt auch außerhalb Stellmacher. Wir möchten jedoch die Kollegen bitten, den Zugang fernzuhalten.

In Wellenbad i. Thür. ist nach 10 Wochen langem Kampf nunmehr auch bei der Firma Stafken ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen. Die Firma verlangte, daß eine im Vorjahre bewilligte Lohnzulage von 1 Pf. bei der diesmaligen Lohnforderung, welche nur 3 Pf. betrug, mit angerechnet werden müsse. Natürlich wurde dies ab- gelehnt und erkannte die Firma dann noch die Forderung an, allerdings auch nur auf drei Jahre verteilt. Die Löhne betragen 15-18 M. die Woche.

In Mühlhausen i. Thür. führten die Verhandlungen zum Abschluß eines bis zum Februar 1914 laufenden Vertrages. Erreicht wurde während der Verhandlungsdauer eine Stunde Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, ferner 5 Pf. Lohnerhöhung, Regelung der Ueberstunden, Be- zahlung derselben mit 8 Pf., der Sonntagsarbeit mit 20 Pf. Zuschlag, Lohnsicherung bei neuen Mustern, Er- höhung des Kostgeldes um die Höhe des Lohnzuschlages. Mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse in Mühl- hausen bedeuten diese Zugeständnisse immerhin einen wesentlichen Fortschritt, zumal sie ohne Kampf erreicht sind. Die Mühlhäuser Kollegen mögen die Lehre daraus ziehen und die Organisation weiter ausbauen.

In Naumburg a. S. wurde ein neuer Vertrag an Stelle des schon im Jahre 1908 abgelaufenen geschlossen. Es konnten wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum Februar 1914 und bringt während der Vertragsdauer eine Stunde Arbeitszeitver- kürzung von 57 auf 56 Stunden mit Lohnausgleich. Ferner 5 Pf. Lohnerhöhung, Bezahlung der Montagearbeit mit 50 Pf. bzw. 75 Pf. je nach der Entfernung, ohne Ueber- nachten; wenn übernachtet wird, pro Tag 2,50 M. Zuschlag für den Tag, Regelung der Ueberstunden und Sonntags- arbeit, Zuschlag bei diesen von 25 bis 50 Proz., Lohnsiche- rung bei neuen Mustern, Festsetzung eines Mindestlohnes bei Gesellen nach einjähriger Gesellenzeit von 34 Pf., nach dem 21. Jahre von 38 Pf. die Stunde. Alles in allem ein wesentlicher Fortschritt gegen früher. Die Unternehmer hatten sich dem Arbeitgeber-Schutzverband angeschlossen und ist auch der Vertrag mit diesem abgeschlossen.

In Quakenbrück hat die Lohnbewegung der Wärlen- macher insofern eine Wendung erfahren, als die Firma Schabe u. Co. einem Arbeiter die Wohnung kündigte und einen älteren Kollegen, der schon 28 Jahre bei der Firma arbeitet, sowie vier Ausgelernte auf Einhaltung ihrer Verträge verklagte. Die Verurteilung von Holzern erfolgt weiter, da die Firma eine Aushungerung der Arbeiter an- streben will. Es ist dies anzunehmen aus einer Umfrage eines Wertmeisters über die Dauer der Unterfütterung. Die Firma Koopmann läßt sich nichts an. Die Firma Wolke- witz mit einem Gesellen hat glatt bewilligt. Die Haltung der Kollegen ist bis jetzt eine gute.

In Wesel haben die Kollegen in den Baufachereien Lohnforderungen gestellt. Da die Meister nur sehr geringe Zugeständnisse zu machen bereit waren, reichten die Kol- legen in zwei der größten Betriebe ihre Kündigung ein. Wie sich die Welt dort noch in den Köpfen einiger Meister malt, davon mag nachstehende Antwort eines solchen Zeu- gnis ablegen. Der betreffende Meister schreibt wörtlich: „Ich verbitte mir für die Folge mit Schriften von Verbän- den zu belästigen, da ich selbst zu keinem Verband gehöre und dessen Feind bin. Meine Leute zahle ich nach Leistung, und nicht nach Jahreszahlen. Meine Leute brauchen keinen Vormund.“ — Wir ersuchen, Wesel mit Zugang zu verschonen.

Zustand. In Schweizerisch-Rheinfelden befinden sich die Korbmacher bei der Firma Mohr-Industrie (Inhaber Bölling u. Jenny) im Streit. Diese letztere wegen öfterer Differenzen mit den Arbeitern nicht im besten Ruf und auch jetzt wurden wieder Abzüge versucht. Auf Gesel- lenseitige, für die es anfangs 4,50 Fr. und zuletzt noch 1,60 Fr. gab, sollten noch weitere 10 Mappen abgezogen werden. Daraufhin verweigerten alle Kollegen, selbst die Unorgani- sierten und ehemaligen Arbeitswilligen, die Anfertigung dieser Körbe. Während die anderen bald umfielen, be- standen die 10 Organisierten darauf, die Körbe nicht unter 1,00 Fr. zu machen und stellten dabei weitere Forde-

rungen insbesondere auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden, Aufschlag für die schlecht gelohnten Arbeiten und Erhöhung des Lohnes für Tagelohnarbeiten, sowie Festsetzung eines Tarifs. Da die Firma jede Verhandlung ablehnte, haben die Kollegen gekündigt und werden am 13. August die Arbeit einstellen. Zugang ist fernzujhalten.

In Wangen a. d. Aare (Schweiz) müssen die Bürsten- und Pinselmacher immer wieder die Erfahrung machen, daß die ihnen gemachten Zusicherungen nicht eingehalten und somit die zugewiesenen Kollegen schwer geschädigt werden. Es wird deshalb gebeten, vor der Arbeitsaufnahme bei der Holzarbeitergewerkschaft Solothurn im „Vollshaus“ Erkundigungen einzuziehen.

In Debentura (Ungarn) befinden sich die Tischler im Streik. Die Unternehmer sind bereits auf der Suche nach Arbeitswilligen und sollen auch schon Agenten nach Deutschland unterwegs sein. Die deutschen Kollegen werden deshalb gebeten, auf der Hut zu sein, damit die Anwerbung von Arbeitswilligen verhindert und der Zugang nach dort ferngehalten wird.

Aus der Holzindustrie.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach dem Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ hat sich im Monat Juni die Lage in der Berliner Holzbearbeitungsindustrie verschlechtert, dagegen war in Bommern die Industrie gut beschäftigt. Infolge der Erntearbeiten waren gewöhnliche Arbeiter dort knapp. Der Zentralverband der Bau- und Tischlermeister Berlins berichtet, daß die Beschäftigung immer noch flau war und sich Arbeitskräfte im Ueberfluß anbieten. Auch in der Möbelfabrikation lag das Geschäft in Groß-Berlin verhältnismäßig ungünstig, in Stuttgart dagegen gut. Ähnlich differiert das Verhältnis zwischen Nord und Süd bei der Kistenfabrikation, die für Berlin über ungenügende, für Bayern dagegen über gute Beschäftigung zu berichten weiß. Die Holzplaster- und die Salonsieindustrie war sehr gut mit Aufträgen versehen. Die Bürstenindustrie war im abgelaufenen Vierteljahr gut beschäftigt, Aufträge liefen reichlich ein. Die Automobilindustrie war im allgemeinen recht gut beschäftigt, nur eine Fabrik klagte über schleppenden Geschäftsgang. Dagegen ließ die Beschäftigung im Eisenbahnwagenbau immer noch zu wünschen übrig. Manche Betriebe mußten die Nutzung der normalen Arbeitszeit um täglich ein bis zwei Stunden aufrechterhalten.

Wegen der submissiven Vergebung von Geschörförben hat sich der Vorstand des Bundes deutscher Normminderungen im Mai dieses Jahres an den preussischen Kriegsminister mit einer Petition gewandt, die jetzt im Vorlauf in der „Deutschen Normmacher-Zeitung“ abgedruckt wird. In der Eingabe wird der Kriegsminister als der wahre Freund des Normmacherhandwerks gepriesen, weil er die Geschörförbubmissionen so eingerichtet hat, daß selbständige Normmacher an der Herstellung von Geschörförben teilhaben können. Es wird dann ausgeführt: „Soll wirklicher Segen von der Vergebung der Lieferungen von Geschörförben für unser Handwerk sprechen, so ist es hauptsächlich auf drei Gesichtspunkte geachtet: Cinnal sind die sicheren Träger eines selbständigen Handwerks immer in erster Linie Unternehmer, welche nicht mit ungelerten Arbeitern oder mittels Frauennarbeit ihr Normmachergerwerbe betreiben, zu welchem Mittel in der Regel gegriffen wird, um die Konkurrenz zu unterbieten und durch mögliche Billigkeit Lieferungen einzubehalten. Sodann aber sollten auch Hausindustrielle ausgeschlossen bleiben, die durch Heranziehung der Arbeit von Familienmitgliedern, durch Kinderarbeit die Normmacherei schädigen.“

Schließlich wird im Hinblick darauf, daß preussische Normmacher weder in Sachen noch in Bayern zur Lieferung von Geschörförben zugelassen werden, der Kriegsminister gebeten, bei der Submission an erster Stelle preussische Normmacher zu berücksichtigen.

Der christliche Holzarbeiterverband veröffentlicht seinen Massenbericht für das erste Quartal 1910. Daraus ist ersichtlich, daß zwar die Aufnahmegebühren gegenüber dem vierten Quartal 1909 von 540,30 Mk. auf 569,75 Mk. gestiegen, die Mitgliederbeiträge jedoch von 66 689,70 Mk. auf 69 746,02 Mk. zurückgegangen sind. Demnach ist auch ein Rückgang der Mitglieder eingetreten. Ueber deren Zahl macht bekanntlich das Verbandsorgan keine Angaben, doch werden einige Zahlen angeführt, die im ersten Quartal eine Mitgliederzunahme erfahren haben, und im Anschluß daran wird bemerkt, daß zur Stunde die Zahl 12 000 überschritten ist. Wenn das richtig ist, dann würde es bedeuten, daß nach dem Rückgang im ersten Quartal das zweite Quartal wieder einen Zugang gebracht hätte. Das Verbandsvermögen hat sich um 25 900 Mark erhöht und betrug in der Hauptklasse und den Lokalstellen zusammen 341 708 Mk.

Arbeitgeberverband für das Münchener Wagenbau- und Holzgewerbe. Am 14. Juli wurde in München ein Arbeitgeberverband des Münchener Wagenbauhandwerkes gegründet; derselbe schloß sich korporativ dem Bayerischen Industriellenverband an und ernannte zu seinem Geschäftsführer den Syndikus des letztgenannten Verbandes, Dr. Kuhlo. Dieser Gründung ist insofern größere Bedeutung beizumessen, als der Bayerische Industriellenverband als der schärfste Gegner von Tarifverträgen bekannt ist. Da im Münchener Wagenbauhandwerk solche Verträge seit Jahren bestehen und bisher stets in friedlicher Weise erneuert werden konnten, so dürften sich in Zukunft die Wagner auf scharfe Kämpfe in diesem Gewerbe gefaßt machen.

Gewerkschaftliches.

Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.

Die christliche Arbeiterbewegung und besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung hat einen schweren Schlag erlitten, der um so empfindlicher ist, als er von einer Stelle geführt wurde, von welcher sie bisher berechtigt war, die

weitgehendste Förderung zu erfahren. Es war in der Sitzung der Reichsratskammer in München, dem bayerischen Herrenhaus, wo am 13. Juli der Eisenbahnetat auf der Tagesordnung stand. Diese Gelegenheit benutzte das Zentrum, um seinem Haß gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband die Fingel schießen zu lassen. Dieser Organisation, die für das Liebeswerben der Zentrums-Gewerkschaften unempfindlich ist und deren Leitung sogar in dem Geruch steht, mit der Sozialdemokratie zu sympathisieren, sollte ein Pein gestellt werden. Eine Resolution des Zentrums verlangte in etwas verblümler Weise die Unterdrückung des Eisenbahnerverbandes. Darauf wollte jedoch der Minister v. Frauendorfer nicht ohne weiteres eingehen. Er wies darauf hin, daß eine große Bewegung wie die Sozialdemokratie nicht mit Gewalt zu unterdrücken sei, das lehre die Geschichte des Christentums, welches man in seinen Anfängen auch habe unterdrücken wollen, das aber statt dessen groß geworden sei.

Mit diesem Vergleich hatte aber der Verkehrsminister bei der schwarzen Garde ins Feldmäpfchen getreten. Als bald erhob sich der Bischof von Regensburg v. Senle, um den Vergleich des Ministers mit Entrüstung zurückzuweisen. Wärtlich führte dieser würdige Diener Christi aus:

„Ich bin leider veranlaßt, dem Verkehrsminister widersprechen zu müssen in einer seiner Äußerungen, die von ganz besonderer Tragweite ist. Der Minister habe zwischen Christentum und Sozialdemokratie eine Analogie gezogen. Zwischen der Sozialdemokratie und dem Christentum besteht gar keine Analogie, weder in den Zwecken, noch in den Tendenzen, noch in seiner Entwicklung. Der Minister wies auf die soziale Bedeutung des Christentums hin. Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt. Wenn der Minister die Paulinischen Briefe nachliest, wird er finden, daß der Apostel Paulus immer darauf hingewiesen hat, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entbunden wird.“ Das Christentum hat also, was Entwicklung betrifft, und seine Stellung zur sozialen Frage, mit der Sozialdemokratie auch nicht die geringste Beziehung oder Verührung. Das möchte ich hier konstatieren.“

Auf das Zentrum und ganz besonders auf die dem Zentrum anhängenden Arbeiter und die christlichen Gewerkschaften mußte diese bischöfliche Rede wie eine klatschende Ohrfeige wirken. Nach der Auffassung des Bischofs ist ja das ganze Streben der christlichen Gewerkschaften, das doch angeblich darauf gerichtet ist, die Arbeiter aus ihrer Knechtschaft zu erheben, ganz und gar unchristlich. Ein guter Christ im Sinne des Bischofs v. Senle muß sich von seinem „Herrn“ fern brav und geduldig ausbeuten lassen und ruhig zuwarten, ob ihm sein Ausbeuter das Joch der Knechtschaft freiwillig etwas erleichtert. Alles was bisher von der angeblichen sozialen Mission des Christentums gesprochen und geschrieben wurde, ist purer Schwindel. Der Bischof von Regensburg hat es gesagt, daß sich das Christentum jahrhundertlang mit der sozialen Frage nicht beschäftigt habe. Und dieser Satz der geistlichen Erzellenz ist überdies buchstäblich richtig und historisch erweisbar. Erst die sozialdemokratische Agitation, welche die Kirche um die Treue ihrer Schäfchen besorgt machte, erweckte das soziale Gewissen bei den Repräsentanten des Christentums. Und daß die Beschäftigung mit der sozialen Frage bei vielen hervorragenden Stützen der Kirche großes Unbehagen hervorruft, dafür ist der hochwürdige Bischof von Regensburg nicht das einzige Beispiel.

Die schonungslose Aufdeckung des Schwindels von der sozialen Mission des Christentums durch den Bischof war dem Zentrum äußerst fatal. Einige seiner Organe suchten die Geschichte einzurefren, indem sie den Sinn des in Betracht kommenden Satzes durch die Weglassung des Wortes „nicht“ in sein Gegenteil verkehrten. Dieses plumpe Manöver konnte natürlich nicht weit helfen. Und der Schmerz und die Bestürzung der Merikalen wuchs noch, als in der sozialdemokratischen „Münchener Post“ durch Bitterung der Bibelstellen, an welchen Paulus von den Knechten redet, der Beweis erbracht wurde, daß der Bischof die Worte des Apostels falsch wiedergegeben hat. Dieser hat das gerade Gegenteil von dem gesprochen, was ihm der Bischof von Senle in den Mund legte. Im Merikalen Lager war man ob dieser, dem frommen Bischof von den gottlosen Sozialdemokraten beigebrachten Abfuhr wie vor den Kopf geschlagen. Eine Zeilung wußte man gar nichts dazu zu sagen. Endlich kam die Merikale „Augsburger Postzeitung“ am 23. Juli mit einer Verteidigung des Bischofs, die, wenn sie bei den Merikalen Anklang findet, als ein Fußtritt an die Adresse der christlichen Arbeiter wirken muß.

Das Blatt sucht mit einem großen Aufwand von Gelehrsamkeit zu beweisen, daß die fraglichen Stellen bei Paulus anders übersetzt werden müssen, als sie in der „Münchener Post“ nach einer Konstanzer Bibelausgabe vom Jahre 1770 wiedergegeben sind. Der Bischof v. Senle wisse in den Paulusbrieffen genau Bescheid, und er hätte vollständig recht gehabt, sich auf den Apostel Paulus zu berufen, als er erklärte, wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Die „Augsburger Postzeitung“ ist das führende Organ des bayerischen Zentrums, und indem es sich das mit Recht oder Unrecht, das sei dahingestellt, dem Apostel Paulus zugeschriebene Wort des Bischofs von Regensburg zu eigen macht, erklärt es die ganze Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften für unchristlich.

Das hat auch der Berliner „Arbeiter“, das Organ der katholischen Arbeitervereine „St. Berlin“, begriffen. Die unter seiner Leitung stehenden katholischen Fachabteilungen wollen bekanntlich keine Gewerkschaften sein. Sie verhorrezieren den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sie sind, um mit dem Bischof von Senle zu reden, „Knechte, die Knechte sein wollen“. Der „Arbeiter“ akzeptiert deshalb die Auslegung der „Augsburger Postzeitung“ und er erklärt mit diesem Blatt, daß die Worte des Bischofs grundsätzliche Zustimmung verdienen. Das bezieht sich aber nur auf das Wort: „wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“. Ueber die vom Bischof konstatierte Tatsache, daß sich das Christentum jahrhundertlang nicht mit der sozialen Frage beschäftigt habe, gleitet das Blatt hinweg. Bei der Verteidigung des angeblich paulinischen Wortes schreibt der „Arbeiter“: „Wie sehr sich die Kirche der wirtschaftlich Schwachen von Anfang an angenommen hat, dafür zeugen ihre Großtaten auf sozialem Gebiet.“ Dieser Satz steht im direkten Gegensatz zu dem eben erwähnten Wort des Bischofs, welches seinem angeblichen Paulus-Bitad erit das richtige Relief gibt. Aber bei der Tendenz des „Berliner Arbeiter“, die katholischen Arbeiter zur Knechtseligkeit zu erziehen, kann man es verstehen, daß er dieses Moment, welches sein ganzes Konzept verdirbt, unbeachtet läßt.

Schwerer wie dem Berliner Blatt fällt es seinem Münchener Namensvetter, sich mit der arbeiterfeindlichen Rede des Regensburger Bischofs abzufinden. Der Münchener „Arbeiter“, das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, steht auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften und somit in scharfem Gegensatz zur Berliner Richtung. Des Bischofs Worte kann er nicht so einfach akzeptieren und für ihre Nichtigkeit ins Feuer gehen, denn das wäre gleichbedeutend mit einer Verurteilung der christlichen Gewerkschaften. Der Umstand, daß das Blatt von Geistlichen redigiert wird, erschwert ihm überdies in der vorliegenden Frage seine Stellungnahme. Aber trotz dem polemisiert der Münchener „Arbeiter“ verhältnismäßig recht scharf gegen den Bischof. Er konstatiert, daß der Bischof das Wort: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“ nicht als ein wirkliches Bitad dem hl. Paulus entnommen hat, und fährt dann fort: „Aber auch nur dem Sinne nach genommen könnten wir uns nicht mit dem Herrn Bischof von Regensburg einverstanden erklären, wenn er damit beivelsen wollte, der hl. Paulus habe jeden, der als Sklave geboren sei, zu ewigem Sklaventum verurteilt und lasse sein Emporringen des eigenen Standes zu. Das Gegenteil ist der Fall.“

Daß der „Arbeiter“ seine bei aller Ehrerbietung doch recht heftige Polemik gegen den Bischof mit einigen Schimpfereien an die Adresse der Sozialdemokraten würzt, kann man ihm nicht weiter übel nehmen. Wie sehr ihm aber die Bischofsrede wider den Strich geht, zeigt der Umstand, daß er im Gegensatz zu dem Augsburger und Berliner Blatt über das Bischofswort: „Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt“, nicht etwa sachte hinwegschlüpft, sondern scharf erklärt: „Wenn aber mit dem Sage, so wie er dastehet, behauptet wird, das Christentum habe sich jahrhundertlang nicht sozial betätigt, so müssen wir dem mit allen christlichen Sozialpolitikern, insbesondere mit unserem Vorkämpfer christlicher Sozialpolitik, dem großen Bischof Retzler, ganz entschieden widersprechen.“

Die christliche Gewerkschaftspresse hat zu der Frage noch nicht Stellung genommen, und es ist begreiflich, daß ihr diese Affäre höchst un bequem kommt. Vielleicht macht sie es wieder wie jüngst bei der Finanzreform und erklärt, die ganze Angelegenheit ginge die christlichen Gewerkschaften nichts an. Wegen einen leidhaftigen Bischof anzukämpfen, der dazu von der Zentrumsparlei gedeckt wird, ist natürlich für einen rechten Gewerkschaftskristen ein zu schweres Beginnen. Da steht man lieber den Kopf in den Sand und schiebt sich als guter Christ in den christlichen Grundfay: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!

Ludwig Neuhäuser, der seitherige Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, hat seinen Posten zum 1. August verlassen. In der Nummer vom 30. Juli nimmt er in einem längeren Artikel Abschied von den Lesern. Er schildert die Kämpfe, die er im eigenen Lager zu führen gezwungen war, und die es verschulden, daß er vom Schauplatz seiner Tätigkeit verschwindet. Neuhäuser ist aber überzeugt davon, daß sein Geist im Organ des Buchdruckerverbandes fortleben wird. „Darum weiß ich auch“, schreibt er, „daß meine Gegner zu früh jubelten, wenn sie glauben, für jedes beliebige Experiment nun den Verband in der Tasche zu haben. Andererseits möge man aber im Verstande sich dessen bewußt sein, daß nur auf dem Boden der reinen Gewerkschaftsbestrebungen und innerhalb des Gewerbes die Wurzeln seiner Kraft zu suchen sind und daß logischerweise seine Politik und Taktik diesen Tatsachen sich anzubequemen hat.“

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 3 in Hamburg).

Bekanntmachung.

Das Protokoll der letzten Generalversammlung in Neustadt a. d. Haardt ist in Druck gegeben und wird in circa 14 Tagen zum Versand gelangen. Laut Generalversammlungsbeschluß sind die Ortsverwaltungsbeamten verpflichtet, je ein Exemplar zu nehmen. Der Preis beträgt 10 Pf. und bitten wir die Ortsverwaltungsbeamten dringend, sofort die Bestellungen aufzugeben, um zu wissen, wie hoch die Auflage sein muß.

Der Vorstand.

